

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 474—475

Die Ausweitung des Geldumlaufes vollzog sich seit Jahresbeginn in immer langsamerem Tempo. Nachdem bereits von April auf Mai der *Banknoten-umlauf* vorübergehend sogar absolut zurückgegangen war, setzte sich im August ein deutlicher Tendenzumschwung durch. In der Zeit von Ende Juli bis Ende Oktober ist der Banknotenumlauf um rund 506 Mill. S zurückgegangen und hat mit rund 5.490 Mill. S den Stand vom Dezember 1948 wieder unterschritten. Diese Entwicklung ist ebenso auf die zurückhaltende Freigabe der ERP-Fondsmittel wie auf eine vorsichtige Kreditpolitik der Notenbank zurückzuführen.

Trotz Rückgang des Notenumlaufes zeigten sich bei den *Preisen* in der Berichtsperiode (Oktober bis Mitte November) Auftriebstendenzen auf Grund einer starken Beschleunigung des Geldumlaufes, einer Verknappung des Warenangebotes sowie zufolge Verminderung des Sparens. Die Reaktion des Publikums auf die erwartete und vielfach mißdeutete Anpassung des Schillingkurses hat gehortete und für Weihnachtseinkäufe bereitgelegte Bargeldmengen in den wirksamen Umlauf gebracht und auf fast allen Märkten die effektive Nachfrage stark anwachsen lassen. Dies allein hätte die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes noch nicht vergrößern müssen, wenn die Verkäufer die in ihren Besitz gelangte Kaufkraft wieder stillgelegt (aus dem wirksamen Umlauf gezogen) hätten. Tatsächlich hat sich aber nur ein Teil der Verkäufer so verhalten; der andere Teil hat unter den gleichen Einflüssen, denen die Masse der Käufer erlag, getrachtet, das Bargeld wieder rasch loszuwerden. Vielfach wurden allerdings die erhöhten Einnahmen nur dazu benutzt, schon länger geplante Vorhaben (insbesondere Investitionen) zu realisieren.

Die Wirkungen, die von den erhöhten Käufen ausgingen, haben sich deshalb in erträglichen Grenzen gehalten, weil wenigstens ein Teil der aus Barbeständen stammenden Summen in anderen Händen wieder gehortet wurde oder auch in gewissen Zweigen zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zu Produktionserhöhungen geführt

hat. Es muß jedoch bedacht werden, daß im Dezember infolge der Auszahlung des 13. Monatsgehaltes oder einer (in vielen Betrieben noch zusätzlichen) Weihnachtsremuneration eine neuerliche Vergrößerung der effektiven Nachfrage (vor allem nach Konsumgütern) eintreten wird. Solche zusätzliche Einkommen (Überbrückungshilfe), die notwendig die Nachfrage weiter erhöhen, werden zusammen mit der bereits bisher eingetretenen Erhöhung der effektiven Nachfrage und mit der normalen Saisonkomponente nur dann nicht das Preisniveau gefährden, wenn für eine entsprechende, rechtzeitige Erhöhung des Angebotes gesorgt wird. Auch ein neu entstehendes Budgetdefizit — und seine mehr oder weniger unausweichliche Deckung durch die Notenbank — könnte sehr schnell das optische Bild eines rückgängigen Geldumlaufes umkehren.

Gelingt es, die Löhne weitgehend stabil zu halten, so kann mit einiger Sicherheit für Beginn des nächsten Jahres eine *Tendenzumkehr der Preise* erwartet werden. Die mit 22. November erfolgte *Neuregelung der Schillingkurse*¹⁾ wird die Kaufpsychose wieder abklingen lassen. Sobald sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wieder verlangsamt, wird es in vielen Fällen nicht möglich sein, die infolge der Kursänderung eingetretenen Kosten-erhöhungen auch nur teilweise auf die Verbraucher abzuwälzen.

Im Oktober wurden von der ECA-Mission 388 Mill. S aus den *Gegenwertkonten* freigegeben. Davon wurden rund 205 Mill. S von der Post „Forderungen an den Bundesschatz“ in der Nationalbankbilanz abgebucht [die Nationalbank gab in Höhe dieses Betrages „Aufbaukredite“²⁾], der Rest wurde dem Bund überwiesen [hauptsächlich für das außerordentliche Budget³⁾]. Im Laufe dieser Transaktion und sonstiger kleinerer Veränderungen erhöhten sich die freien Guthaben *öffentlicher*

¹⁾ Siehe Einleitung.

²⁾ 114 Mill. S an die Industrie, 70 Mill. S für den Ausbau der Wasserkräfte und 20 Mill. S für den Kohlenbergbau = 204 Mill. S.

³⁾ 30 Mill. S für Arbeiterwohnbauten, 15 Mill. S für den Fremdenverkehr, 69 Mill. S für die Landwirtschaft, 10 Mill. S für die Forstwirtschaft, 50 Mill. S für die Bundesbahnen und 10 Mill. S für die Post = 184 Mill. S.

Stellen bei der Nationalbank im Oktober um rund 173 Mill. S. Die gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen (in der Hauptsache Hilfsfonds) nahmen um rund 202 Mill. S (auf rund 1.186 Mill. S) ab, was angesichts der erwähnten Freigabe sowie sonstiger kleinerer Bewegungen auf den Hilfskonten (Drawing Rights) auf einen Zufluß von etwa 200 Mill. S Hilfslieferungserlösen im Laufe des Oktober schließen läßt. Die Sperrguthaben der Kreditinstitute bei der Nationalbank blieben unverändert, während auf ihre freien Guthaben rund 41 Mill. S einliefen.

Auf den Geldumlauf restriktiv wirkten ferner die auffallend hohen Rücklösungen von Bundesschatzscheinen durch die Kreditinstitute, die den Bestand der Notenbank an Besatzungskostenschatzscheinen (§ 2, 1 b, der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz) um rund 110 Mill. S, jenen an § 27-W.Sch.G.-Schatzscheinen um rund 40 Mill. S verminderten. Diese Entwicklung ist wohl zum Teil auch auf die erhöhte Liquidität der Unternehmer und damit wieder eines Teiles der Kreditinstitute zurückzuführen¹⁾, die deshalb verzinsliche Schatzscheine zurücknahmen. Der Devisenbestand der Nationalbank sank nicht zuletzt wegen der — infolge der erwarteten Abwertung — geringeren Ablieferungsfreudigkeit der Exporteure um rund 10 Mill. S. Gegenüber diesen umlauf einschränkenden Faktoren wirkte expansiv, daß die Nationalbank für rund 63 Mill. S „Aufbauwechsel“ finanzierte (Stand Ende Oktober rund 714 Mill. S), wobei allerdings gleichzeitig das Handelsweschelportefeuille um rund 20 Mill. S zurückging. Die Zunahme des Wechselportefeuilles und eine Erhöhung der gegen Handpfand gegebenen Darlehen um rund 7 Mill. S weisen darauf hin, daß nicht alle Kreditinstitute von der Umschichtung der Barmittel zugunsten der Unternehmer profitiert haben. Der Notenumlauf ging im Oktober infolge des Überwiegens der restriktiven Faktoren um 327 Mill. S zurück (von 5.817 Mill. S auf 5.490 Mill. S). Der Gesamtumlauf (Noten plus freie Verbindlichkeiten der Nationalbank) verminderte sich um rund 113 Mill. S.

Die Einlagen bei den Kreditinstituten nahmen im September um rund 131 Mill. S zu, wovon der weitaus überwiegende Teil auf die Scheckeinlagen (plus rund 123 Mill. S) entfiel, während sich die Spareinlagen nur geringfügig erhöhten — (plus 8 Mill. S). Auch im August hatten die Spareinlagen nur um rund 2 Mill. S zugenommen; während aber damals noch Abhebungen für Urlaubszwecke sowie

¹⁾ Eine Liquiditätsverbesserung der Unternehmer pflegt sich in einer Erhöhung der Scheckeinlagen der Kreditinstitute auszuwirken.

zur Deckung des Geldbedarfes der Landwirtschaft vor der Ernte als Hauptgründe für die ungünstige Entwicklung gelten konnten, ist der Rückgang im September nicht mehr durch Hinweis auf Saisonkomponenten, sondern vor allem durch Abhebungen für „Angstkäufe“ zu erklären. Diese Abhebungen sind allerdings vorwiegend auf die Konten kleiner Sparer beschränkt geblieben. In der Sphäre der Scheckkonten äußerte sich die Kaufpsychose in einer Vergrößerung der Umschlagsgeschwindigkeit.

Auf dem Aktienmarkt kamen in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November die spekulativen Kurssteigerungen im großen und ganzen wieder zum Stillstand. Der Gesamtindex von 36 Industrieaktien sank sogar, und zwar um 2% von 322,1 auf 315,8 (März 1938 = 100). Die Aktienkurse privater Gesellschaften fielen durchschnittlich um 3%, während verstaatlichte Werte, die nicht solche spekulative Erhöhungen aufgewiesen hatten, sogar noch (um 7%) anzogen. Die festverzinslichen Werte (Pfandbriefe, Kommunalobligationen) stiegen weiter an (von 88,1 auf 91,8; 28. März 1945 = 100). Auch die Bundesschuldverschreibungen 1947 erzielten einen Kursgewinn von 5% und wiesen weiterhin steigende Tendenz auf. Bei dieser Steigerung dürfte es sich wohl vorwiegend um abwertungsbedingte spekulative Käufe handeln, da für das Jahr 1949 keine Verlosung mehr stattfinden wird (die zu tilgende Quote ist bereits durch die Stücke gedeckt, die im Rahmen der Vermögensabgaben eingelaufen sind).

Der Zeichnungsschluß der „Aufbauanleihe“ wurde mit 30. November festgesetzt. Man rechnete bei der Budgeterstellung offensichtlich mit einem Ertrag von 400 Mill. S, da die (5%ige) Verzinsung mit 20 Mill. S für das kommende Finanzjahr angesetzt ist. Ob diese Summe einlaufen wird, kann zur Zeit nicht vorausgesagt werden; das leichte Anziehen der Reichsanleihe 1938/II (von 17 am 7. November auf 19 am 25. November) deutet darauf hin, daß das Interesse noch keineswegs nachgelassen hat.

Zurückstellung des Bundesvoranschlages 1950

Der noch vor den Nationalratswahlen (9. Oktober 1949) eingebrachte Bundesvoranschlag für das Jahr 1950 wurde vom Finanzminister der neuen Regierung zurückgezogen. Für das erste Quartal 1950 wurde ein Budgetprovisorium eingebracht, das in den kommenden Wochen und Monaten Gegenstand eingehender Erörterungen sein wird.

Das ursprüngliche Budget sah *ordentliche* Ausgaben in Höhe von 9,6 Mrd. S (gegen 6 Mrd. S im Jahre 1949) vor. Sie sollten ganz durch laufende Ein-

nahmen gedeckt werden. Im *außerordentlichen* Budget figurierten — ausschließlich für Investitionen — Ausgaben in Höhe von rund 1 Mrd. S, die aus dem ERP-Fonds finanziert werden sollten.

Dieses Budget erschien von Anfang an problematisch, da es die grundlegenden Fragen der Verwaltungs- und Steuerreform übergangig. Dazu kamen jedoch noch einige im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht voraussehbare Ereignisse, die die Grundlagen des Budgets wesentlich veränderten. Zunächst wurden zusammen mit der Bildung der neuen Regierung einige Ministerien aufgelassen und die Verwaltung der Bundesbetriebe (einschließlich des Verkehrsministeriums) und der verstaatlichten Betriebe in einem eigenen Ministerium zusammengefaßt. Wenn auch durch diese Maßnahmen kurzfristig kaum nennenswerte Ersparnisse möglich sein werden, so ist doch eine Neugruppierung der Ausgaben entsprechend dem neuen Verwaltungsaufbau erforderlich. Weiters ist ab 1. Jänner 1950 eine etwa 20%ige Senkung der Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer vorgesehen, die dem Staate einen Einnahmefall von rund 500 Mill. S verursacht. Andererseits werden durch die Anpassung des Schillingkurses auch dem Staatshaushalt erhebliche Mehrkosten (vor allem in den Bundesbetrieben und in den verstaatlichten Betrieben) aufgebürdet, deren Ausmaß gegenwärtig noch nicht voll überblickt werden kann, da erst die Reaktionen der Wirtschaft auf die Importvertierungen abgewartet werden müssen. Schließlich wird auch eine Verbesserung der Beamtengehälter erwogen.

Alle diese Momente rechtfertigen ein Budgetprovisorium. Die Finanzverwaltung gewinnt dadurch Zeit, ein fundiertes, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragendes Budget auszuarbeiten¹⁾.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 476—478

Der Index der *Arbeiternettotariflöhne* blieb bis Mitte November unverändert (auf 418,3; April 1945 = 100). Die Löhne einiger weniger anderer Branchen, die der Index nicht enthält, sind jedoch in der Berichtsperiode erhöht und „nachgezogen“ worden. Die *Arbeiternettoverdienste* haben sich im September durchschnittlich wieder etwas erhöht: infolge Arbeitszeiterhöhung (Überstunden), vor allem

¹⁾ Angesichts des beschränkten Erkenntniswertes des Voranschlags 1950 wurde auf eine eingehende Besprechung verzichtet. Eine ausführliche Budgetbesprechung wird nach Erstellung des neuen Budgets nachgeholt.

bei den Hilfsarbeitern, stieg der Index um 1,1% (von 386,9 auf 391,2; August 1938 = 100).

Das ruhige Bild der Statistik darf jedoch nicht an den Forderungen nach Lohnerhöhungen vorbeisehen lassen. Sie wurden mit der Aufwärtsentwicklung vieler Preise begründet, die eine beträchtliche Unruhe in die Arbeiterschaft getragen hat. Im allseitigen Bestreben, eine neue Lohn-Preis-Spirale zu verhindern, gelang es, durch eine „Überbrückungshilfe“ etwa in Höhe eines Wochenlohnes größere Tariflohnforderungen zu vermeiden.

Die Aufwärtsbewegung der *Preise* war weder allgemein noch einheitlich. Insbesondere die reagiblen Preise, die teilweise schon im September und Oktober gestiegen waren, blieben in der Berichtsperiode bemerkenswert stabil. Die *freien Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum stiegen bis Mitte November durchschnittlich nur um 2%, und zwar ausschließlich wegen der Erhöhung der Silberpreise, während Diamanten sogar geringe Preiseinbußen erlitten. Der Goldpreis im Dorotheum blieb unverändert. Auch die *Nahrungsmittelpreise auf dem Schwarzen Markt* befanden sich Mitte November durchschnittlich auf gleicher Höhe wie im Oktober. Rindfleisch wurde etwas billiger²⁾, während der Zuckerpreis leicht anzog. Die Überhöhung der „schwarzen“ über die offiziellen Preise der erfaßten Nahrungsmittel betrug im November unverändert 30% (der offiziellen Preise). Die *schwarzen Devisenkurse* sind von Ende September bis Ende Oktober um 2% (von 490 auf 500; März 1938 = 100) gestiegen.

Im Gegensatz zu den reagiblen Preisen sind die Preise auf den anderen freien oder gebundenen Märkten teilweise sehr fühlbar, wenn auch uneinheitlich, gestiegen. Die Preise für Hausrat, Gegenstände des täglichen Bedarfes (z. B. Kosmetika), erhöhten sich — mit einigen Ausnahmen — nur wenig. Die Preise für Textilien hingegen zogen in vielen Fällen bereits schärfer an und die Genußmittelpreise (Kaffee, Tee, Kakao, Wein) erhöhten sich — teilweise auch im Zusammenhang mit steigenden Weltmarktpreisen — beträchtlich. Auch bei manchen Nahrungsmitteln kam es zu Preissteigerungen, wobei insbesondere die Vertierung von Eiern und Kartoffeln die Konsumenten beunruhigt hat. Die Fleischpreise blieben unverändert, der halblegale Preis des „Überkontingentfleisches“ ging sogar etwas zurück (vgl. S. 453).

²⁾ In die Berechnung wurde nunmehr das in beliebigen Mengen erhältliche „Überkontingentfleisch“ eingesetzt, da es keinen Schwarzhandel mit Fleisch im bisherigen Sinne mehr gibt.

Die erwähnten Preiserhöhungen haben den vom Institut berechneten *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) von Mitte Oktober bis Mitte November um 4,2% (von 496,9 auf 517,8; April 1945 = 100) steigen lassen. Er liegt damit nur um 1,8% über dem Stand unmittelbar nach Abschluß des dritten Preis-Lohn-Abkommens (Juni 1949: 508,6). Die Steigerung im November ist auf die Verteuerung von Reis (35%), Eiern (27%), Obst (Äpfel, 25%), Gemüse (Spinat, 50%), Kartoffeln (36%), Kaffee (33%), Ersatzkaffee (29%), Tee (17%), Kakao (7%), Wein (13%), Bekleidung (durchschnittlich 0,2%) und Schuhen [durchschnittlich 0,7%¹⁾] zurückzuführen. Nur der Preis von Marmelade ist geringfügig (7%) gesunken.

Der Abstand zwischen dem Tariflohnindex und dem Index der Lebenshaltungskosten nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema erhöhte sich im November auf 23,8%, gegenüber 22,7% im Juni 1949 und 18,8% im Oktober 1949. Damit ist praktisch fast der gleiche Zustand wieder herbeigeführt worden, wie er unmittelbar nach dem dritten Preis-Lohn-Abkommen bestand.

Neuerdings wird versucht, gegen die Preiserhöhungen mit Polizeimaßnahmen und Anprangerung von „Preistreibern“ vorzugehen. Außerdem wird vielfach die Wiedereinführung der Bewirtschaftung und Preisregelung für „wichtige Waren“ sowie die Schaffung eines wirksamen Kartellgesetzes gefordert. Diese Tendenzen haben bereits dazu geführt, daß sowohl das Rohstofflenkungsgesetz als auch das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz und das Preisregelungsgesetz, die alle drei mit Jahresende außer Kraft treten sollten, bis 30. Juni 1950 verlängert wurden. Diese neuerliche Verstärkung der direkten Lenkung auf dem Inlandsmarkt konterkariert die gleichzeitigen Bemühungen um eine „Liberalisierung“ der Währungs- und Handelspolitik und droht, deren Vorteile wieder zu paralysieren.

Die kürzlichen Preiserhöhungen lassen sich im großen und ganzen auf *fünf Ursachengruppen* zurückführen:

1. Die Hauptursache liegt darin, daß in der *Abwertungsfrage* zu lange gezögert und die Bevölkerung über das Wesen einer Abwertung (bzw. Wechselkursänderung) *nicht* rechtzeitig

¹⁾ In der Berichtsperiode blieben die Preise für Bekleidung und Schuhe unverändert; die oben angeführten Prozentsätze stellen lediglich geringfügige Korrekturen der Vormonatsziffern dar, die eine Steigerung um 8 bis 18% auswiesen.

und nicht ausreichend *aufgeklärt* wurde. Die dadurch heraufbeschworene Beunruhigung führte zu einer Vergrößerung der Geldumlaufgeschwindigkeit (bei sinkendem Notenumlauf) und damit zu einer erheblichen Verstärkung der wirksamen Nachfrage²⁾. Da sich außerdem infolge Warenzurückhaltung das Warenangebot verringerte und die Vorräte im allgemeinen noch gering sind, mußten bei marktwirtschaftlicher Organisation der Wirtschaft zwangsläufig Preissteigerungen eintreten.

2. Eine weitere Ursache ist in der normalen *Saisonbewegung* zu suchen, die regelmäßig im Herbst zu Preiserhöhungen vieler Waren (z. B. von Eiern, Obst, Gemüse, aber auch vieler gewerblicher Produkte) führt.
3. Auf einigen Gebieten haben *Anpassungen* in der Preisstruktur (z. B. durch Änderung der Spanne zwischen Roh- und Veredlungsprodukt) Angebotseinschränkungen mit Preiserhöhungen verursacht (Kartoffeln, Häute).
4. Eine gewisse Rolle mögen auch *Ernteschäden* (z. B. bei Kartoffeln) und *weltmarktbedingte Einflüsse* (z. B. die brasilianische Hausse in Kaffee) gespielt haben.
5. Nicht zuletzt sind auch *sekundäre Auswirkungen des letzten Preis-Lohn-Abkommens* zur Geltung gekommen.

Das Zusammenspiel all dieser Faktoren hat in den vergangenen Wochen einen beträchtlichen Preisauftrieb bewirkt. Von einer einmal in Gang befindlichen Preiswelle kann sich der einzelne Wirtschaftler — schon aus Kapitalerhaltungsgründen — kaum ausschließen. Der Konsument beweist mit seinen Angstkäufen, daß er den gleichen Motiven unterworfen ist wie der die Preise erhöhende Produzent oder Händler. Eine Verschärfung der Auftriebstendenzen ist unausbleiblich, wenn von den Wirtschaftlern gehegte Befürchtungen trotz amtlichen Dementierungen tatsächlich eintreten (Erhöhungen der Preise von Importgütern). Psychologische Auswirkungen dieser Art sollten im Vorhinein erwogen werden.

Im übrigen handelt es sich — wenn die in den letzten eineinhalb Jahren in Österreich verfolgten wirtschaftspolitischen Ziele nicht aufgegeben werden sollen — darum, für die großteils wiederhergestellte Marktwirtschaft die wesentlichsten Voraussetzungen ihrer Funktionsfähigkeit zu verbessern. Viel wichtiger, als an den Symptomen tiefer liegender Ursachen herumzukurieren, ist es, durch wirtschafts-

²⁾ Siehe Abschnitt über Währung, Geld- und Kapitalmarkt (S. 449 f.).

politische und gesetzgeberische Maßnahmen ehestens das Konkurrenzprinzip in Industrie und Handel durchzusetzen. In diesem Zusammenhang ist vor allem an die Untersuchung der Kartellverhältnisse, an eine Reform der Gewerbeordnung (Untersagungsgesetz) und an die Unterbindung von „marktregelnden“ Maßnahmen privater Interessentengruppen zu denken. Zusätzliche Importe knapper Waren könnten sofort eine Erleichterung bringen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 479

Die Ernährungslage war im Monat Oktober durch eine Verknappung des Angebotes an verschiedenen Nahrungsmitteln gekennzeichnet, woraus sich zum Teil Preissteigerungen ergaben. Die schwache Belieferung der Märkte war teilweise saisonbedingt, wie bei Obst, Gemüse und Eiern, in der Hauptsache jedoch auf Erwartungen höherer Wiederbeschaffungspreise im Zusammenhang mit der Abwertung und auf analoge Überlegungen der Konsumenten zurückzuführen. Vor allem wurden importierte Nahrungs- und Genußmittel (Rosinen, Kaffee, Kakao, Gewürze u. ä.) zurückgehalten. Die Tendenz zur Warenzurückhaltung zeigte sich auch bei den noch bewirtschafteten und preisgeregelten Gütern (insbesondere Fleisch). Kartoffeln waren teils aus preislich bedingten Eigenarten der derzeitigen landwirtschaftlichen Produktion, teils aus ungenügender Bevorratung des Großhandels knapp (siehe S. 456), wozu noch die wegen der Währungsgerichte vorzeitig einsetzende Nachfrage für Einkellerungszwecke kam. Diese in einigen Teilen des Ernährungssektors angespannte Marktlage lockerte sich ab Mitte November dank behördlicher Maßnahmen und noch sichtbarer nach der Wechselkursänderung.

In der *Fleischversorgung* Wiens nahm im Oktober das Angebot an rationierter Ware stark ab. Neben vorübergehend rückläufigen Importen war daran in erster Linie der nahezu völlige Ausfall inländischer Viehzufuhren schuld — vor allem infolge der nicht aufeinander abgestimmten Bewirtschaftungsvorschriften Wiens und der Bundesländer¹⁾. Während in diesen die überhöhten Produzentenpreise dadurch ausgeglichen werden, daß die Fleischhauer nur 65 bis 80% (je nach Bundesland) der Anlieferungen zu den amtlichen Höchstpreisen abgeben müssen, den Rest aber frei verkaufen

¹⁾ Der Auftrieb von importiertem Vieh auf dem Wiener Zentralviehmarkt nahm von September bis Oktober bei Rindern von 1.278 auf 903, bei Schweinen von 2.873 auf 843 Stück ab. Die Aufbringung aus dem Inland verminderte sich bei Rindern von 31 auf 6, bei Kälbern von 33 auf 10 und bei Schweinen von 570 auf 198 Stück.

können, besteht diese Regelung für Wien nicht. Zur Deckung der Fleischrationen in Wien mußten daher neben den geringen Mengen Frischfleisch aus Importen hauptsächlich Fleischkonserven und Gefrierfleisch aus ERP-Lieferungen herangezogen werden. Dagegen wurden Frischfleisch aus „Überkontingenten“ und Wurstwaren in größeren Mengen marktfrei angeboten, so daß sich teilweise sogar ein leichter Preisdruck ergab²⁾. Wenn trotz solchen Schwierigkeiten die Statistik der Fleischablieferungen eine nahezu zeitgerechte Erfüllung der Ablieferungspflicht nachweist, so wird damit offenkundig, daß ein erheblicher Teil der abgelieferten Mengen nicht den vorgesehenen Weg zur Deckung der rationierten Zuteilungen gegangen ist.

Fleischablieferung in Österreich in den ersten drei Quartalen des Jahres 1949³⁾

Fleischart	Jahreskontingent in Tonnen	Ablieferung	Ablieferung in % des Kontingents
Rindfleisch . . .	39.516	31.987,8	80,9
Kalbfleisch . . .	10.837	9.504,5	87,7
Schweinefleisch .	23.526	7.125,5	30,3
Schafffleisch . . .	1.090	348,1	31,9
Pferdefleisch . .	851	883,3	103,8
Fleisch insges.	75.820	49.849,2	65,7

³⁾ Nach Angaben des Viehwirtschaftsverbandes.

Die ungenügenden Inlandsanlieferungen auf den Wiener Märkten zwingen zu größeren Importen. So sind in dem von September 1949 bis August 1950 laufenden Handelsvertrag mit Ungarn rund 5 Mill. Dollar (etwa viermal so viel wie im letzten Handelsvertrag) für Viehimporte vorgesehen. Der kürzlich mit Jugoslawien abgeschlossene Handelsvertrag (Oktober 1949 bis Oktober 1950) sieht Importe von 3.000 Rindern und 5.000 Fettschweinen vor. Aus Rumänien wird Vieh zunächst vor allem im Kompensationswege eingeführt, doch sind Handelsvertragsverhandlungen im Gange. Da jedoch die Importpreise für Rinder leicht angezogen haben und Anfang November je nach Qualitätsklasse um 12 bis 25% über den amtlichen Höchstpreisen lagen, mußte man im Interesse eines Preisausgleiches die seinerzeitige Freigabe von 20% der Anlieferung für den freien Verkauf beibehalten³⁾.

Ein Preisvergleich zwischen inländischer und importierter Ware zeigt, daß der Preis des importierten Fleisches im Durchschnitt etwa zwischen den amtlichen Höchstpreisen und den freien Preisen lag.

²⁾ Von Mitte Oktober bis Mitte November nahmen die freien Preise einzelner Sorten um durchschnittlich 5% ab.

³⁾ Der Versuch der Preisprüfungsstelle, auch hierfür die amtlichen Höchstpreise festzusetzen, schlug fehl, da sich die Fleischhauer weigerten, unter dieser Bedingung das Vieh abzunehmen.

Sollten durch die Wechselkursänderung bei den vorwiegend im Clearing durchgeführten Importen Preiserhöhungen notwendig werden, wird die Spanne zwischen Importpreisen und freien Inlandspreisen weitgehend verschwinden. Trotzdem würden ausreichende Importe im ganzen preissenkend wirken. Im Zuge dieser Bestrebungen wurde mit Argentinien ein Einfuhrgeschäft über 2.600 t Gefrierfleisch abgeschlossen, das allein allerdings noch nicht ausreicht, die Inlandspreise nachhaltig zu drücken¹⁾. Es ist vorgesehen, dieses Gefrierfleisch zu den amtlichen Höchstpreisen abzugeben²⁾.

Großhandelspreise für Fleisch in Wien³⁾

	Inlandsware offiziell	frei Schilling je 100 kg	Importware
Rindfleisch, Ia	828	1.650	970 ³⁾
Kalbfleisch, Hälften	851	1.572	1.126 ³⁾
Schweinefleisch, Hälften	1.286	2.275	1.270 ³⁾
Gefrierfleisch, ERP-Lieferungen	—	—	827 ⁴⁾

¹⁾ Notierungen zwischen Mitte Oktober und Mitte November 1949. Durchschnitt zwischen höchsten und niedrigsten Preisen. —

²⁾ Errechneter Preis. — ³⁾ Durchschnitt aus den Preisen für ungarisches und rumänisches Schweinefleisch. — ⁴⁾ Die Gefrierfleischlieferungen im Rahmen des ERP kommen wesentlich billiger, doch werden sie zu den inländischen Preisen abgegeben.

Die ungenügende *Eierversorgung* führte im Oktober und November zu weiteren Preissteigerungen. In Wien wurden im November vereinzelt S 2'50 je Stück gefordert. Um einerseits dem Konsum billigere Eier zuzuführen und andererseits einen Preisdruck auszuüben, beabsichtigte man, von der noch immer bestehenden Bewirtschaftung für Importeure wieder Gebrauch zu machen. Anfang November sollten aus Lagerbeständen etwa 3 bis 4 Eier pro Kopf der Wiener Bevölkerung ausgegeben werden. Rechnerische Differenzen zwischen Importeuren und Lagerhausverwaltung über die vorhandenen Vorräte führten jedoch zu einer Verschiebung der Ausgabe auf Ende des Monats. Auch die in verschiedenen Handelsverträgen vorgesehenen Importe konnten mangels Devisen und geeigneter Kompensationsgüter nicht durchgeführt werden. Da auch Trockeneilieferungen aus dem ERP im Zuge der Kürzung der Lebensmitteleinfuhren längere Zeit ausblieben, stand außer der unzureichenden inländischen Anlieferung keine Ware zur Ver-

¹⁾ Der rationierte Verbrauch Wiens im gegenwärtigen Ausmaß kann mit diesen Importen für 5 bis 6 Wochen gedeckt werden.

²⁾ Im Rahmen des gleichen Geschäftes wurde ein Import von 6.000 t Schmalz abgeschlossen. Da der Schmalz-Importpreis um etwa ein Drittel unter dem inländischen Preis liegt, wird der Differenzbetrag zur Subventionierung der Fleisch-Importpreise (sie sind etwa gleich hoch wie die ungarischen) verwendet.

fügung. Für die Zukunft sind größere Importe aus Frankreich (8 Mill. Stück), Ungarn (14 Mill. Stück), Jugoslawien (11 Mill. Stück) sowie der Türkei vorgesehen. Doch ist auch hier die Realisierung der Pläne von der Bereitstellung geeigneter österreichischer Gegenlieferungen abhängig.

Zufuhren von Obst, Gemüse und Kartoffeln nach Wien¹⁾

	Zeit	Obst ²⁾	Gemüse ²⁾ in q	Kartoffeln
1937 IX.		95.365	133.259	54.868
X.		59.755	101.434	39.375
	in % von IX.	62'7	76'1	71'8
1948 IX.		103.278	80.697	265.735
X.		83.811	55.046	420.088
	in % von IX.	81'2	68'2	158'1
1949 IX.		66.249	85.797	80.316
X.		55.379	61.756	97.321
	in % von IX.	83'6	72'0	121'2

¹⁾ Nach den Marktamtberichten. — ²⁾ Einschließlich Agrumen. — ³⁾ Einschließlich Zwiebeln, Pilze und Knoblauch.

Auf den Wiener Märkten war im Oktober das Angebot an *Obst* um 16%, das an *Gemüse* um 28% geringer als im September. Ein Vergleich mit den Anlieferungen im gleichen Zeitabschnitt der Jahre 1937 und 1948 zeigt, daß diese Abnahme im allgemeinen nicht über das saisonübliche Ausmaß hinausging. Der stärkere Rückgang des Gemüseangebotes³⁾ — insbesondere infolge des „marktregelnden“ Vorgehens der Gemüseverwertungsgenossenschaft — ließ die Gemüsepreise zum Teil stärker als die Obstpreise anziehen. So stiegen von Mitte Oktober bis Mitte November die Preise einzelner Obstsorten um 10 bis 20%, die Gemüsepreise aber durchschnittlich um 25%, vereinzelt (z. B. Spinat) sogar um 100%. Bemerkenswert ist, daß bei beiden Kategorien die Preise der minderen Sorten stärker

Verbraucherpreise für Obst, Gemüse und Kartoffeln in Wien¹⁾

	1949		1949 in % von 1937	
	Oktober ²⁾	November ²⁾	Oktober ²⁾	November ²⁾
	in S je kg			
Obst:				
Apfel	0'80—5'50	1'20—4'20	400'0—392'9	600'0—190'9
Birnen	0'90—4'50	1'20—5'00	225'0—346'2	300'0—312'5
Zwetschken	2'00—4'20	—	250'0—350'0	—
Weintrauben	3'00—7'20	3'00—8'80	833'3—514'3	375'0—488'9
Walnüsse	6'00—10'00	8'00—12'00	857'1—625'0	1.142'9—857'1
Zitronen, je St.	0'40—0'80	0'30—0'70	800'0—800'0	750'0—777'8
Gemüse:				
Fisolen	2'00—5'00	—	500'0—555'6	—
Paradeiser	1'50—3'20	1'00—3'00	375'0—400'0	125'0—115'4
Kraut	0'80—1'40	0'80—1'50	666'7—400'0	571'4—428'6
Blätterspinat	0'60—1'20	1'20—2'20	400'0—300'0	480'0—440'0
Zwiebel	0'60—1'60	0'80—2'00	500'0—500'0	666'7—625'0
Knoblauch	4'00—20'00	10'00—16'00	800'0—1.250'0	2.381'0—1.000'0
Kartoffeln:				
Inländische	0'45—0'70	0'70—0'90	642'9—437'5	300'0—500'0
Kipfler	1'80—2'80	2'60—3'20	1.285'7—1.166'7	1.857'1—1.333'3

¹⁾ Nach den Marktamtsausweisen. — ²⁾ Monatsmitte.

³⁾ Im Oktober 1949 waren die Gemüsezufuhren nach Wien um 39%, die Obstzufuhren um 7% geringer als im gleichen Monat des Jahres 1937.

stiegen als die Preise besserer Qualitäten. Die in Aussicht genommenen Gemüseimporte (u. a. rund 7.000 t Kraut aus Holland, Bulgarien und der Slowakei) dürften preisdrückend wirken.

Auf dem *Kartoffelmarkt* traten seit Ende September starke Preissteigerungen ein (um 20 bis 75% für runde Sorten, um 45 bis 60% für Kipfler). Dies erklärt sich daraus, daß das Angebot im Oktober zwar um 21% zugenommen hatte, jedoch nicht ausreichte, die zum Teil infolge der Währungsgerüchte verstärkt einsetzende Nachfrage der Konsumenten für Einkellerungszwecke zu befriedigen. Tatsächlich betragen die Zufuhren im Oktober nur rund ein Viertel der im gleichen Monat des Vorjahres angelieferten Mengen. Allerdings war der Verbrauch seit der Freigabe der Kartoffeln infolge der verbesserten Versorgung mit anderen Nahrungsmitteln auf etwa die Hälfte des Standes vom Vorjahr gesunken. Die Ursachen der geringen Anlieferungen waren, abgesehen von einer erhöhten Verfütterung und Verwertung für industrielle Zwecke, in der Hauptsache durch die geringe Bevorratung des Großhandels bedingt (s. S. 456). Die Preiserhöhungen kamen vorwiegend dem Handel zugute. Die Spanne zwischen Großhandelspreis ab Verladestation und Verbraucherpreis erhöhte sich von 65% im September auf 74% Mitte November. Zur Entspannung der Versorgungslage wurden aus den Vorräten der Lagerhäuser und der kartoffelverarbeitenden Industrie in der zweiten Novemberhälfte 5.000 t Kartoffeln nach Wien gebracht. Aus Holland wurden 3.000 t eingeführt. Infolge des zunehmenden Angebotes sanken die Preise bis Ende November fast um 20%.

Bei einer Reihe von *importierten Nahrungs- und Genußmitteln* hat eine ausgesprochen spekulative Beschränkung des Angebotes zu Preissteigerungen geführt. Einzelne Waren (u. a. Rosinen, Gewürze) verschwanden vorübergehend vom Markt

und waren später nur zu stark erhöhten Preisen erhältlich. Von Mitte September bis Mitte November stiegen die Preise für Rosinen, Haselnüsse, Kaffee, Kakao, Schokolade um durchschnittlich 20%.

Befriedigend war dagegen die *Milchversorgung*. Nach einer leichten Zunahme im September (um 1,4%, bezogen auf den Tagesdurchschnitt) erhöhte sich die Milchaufbringung im Oktober nach unvollständigen Meldungen um weitere 8% (bezogen auf den Tagesdurchschnitt). Damit wurde der saisonbedingte Jahreshöchststand erreicht, der um nahezu 30% über den Leistungen des gleichen Monats vom Vorjahre lag. Entsprechend der guten Ablieferung stiegen die Zufuhren nach Wien stark an. An einigen Tagen wurden — einschließlich Magermilch — über 600.000 Liter angeliefert. Damit wurde vorübergehend der Vorkriegsstand nahezu erreicht¹⁾. Die Zuteilung von Vollmilch an die Wiener Normalverbraucher wurde daher auf $\frac{1}{2}$ Liter wöchentlich erhöht, der Magermilchverkauf blieb weiterhin frei. Die Zunahme des Milchverbrauches machte die Errichtung zusätzlicher Milchgeschäfte erforderlich²⁾, um die Abwicklung des Verkaufes in den Morgenstunden zu beschleunigen.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 479

Ausreichende Niederschläge im November schufen günstige Voraussetzungen für das Wachstum des Wintergetreides. Der *Stand der Saaten* ist daher verhältnismäßig gut. Weizen, der heuer in der Entwicklung relativ stärker zurückblieb, erholt sich unter der Schneedecke meist noch gut.

Die infolge großer Trockenheit verzögerte *Bodenbearbeitung* konnte in den letzten Wochen dank starker Bodenfeuchtigkeit und ausreichenden tierischen und motorischen Zugkräften beschleunigt werden. Um diese Arbeiten abschließen zu können, wäre ein später Beginn des Winters erwünscht.

Obwohl amtliche Angaben über Anbauflächen und Ernteerträge bei den *Hackfrüchten* gegenwärtig noch nicht vorliegen, steht doch schon fest, daß die Hektarerträge bei Hackfrüchten (ausgenommen bei Futterrüben) im Gegensatz zu jenen bei Getreide und Futter heuer noch nicht die langjährigen Vorkriegswerte erreichten. Dies ist eine Folge von Schädlingen und von Mangel an Stalldünger und Bodenhumus in großen Teilen Niederösterreichs und des

¹⁾ Im Jahre 1937 wurden im Durchschnitt rund 650.000 l Vollmilch täglich nach Wien geliefert.

²⁾ Das Bundesministerium für Volksernährung genehmigte im Oktober die Errichtung von 50 neuen Milchsondergeschäften in Wien.

Verbraucherpreise einzelner Nahrungs- und Genußmittel in Wien

September bis November 1949¹⁾

Artikel	September	Monatsmitte Oktober in S je kg	November
Rosinen . . .	8'00—12'50	8'80—14'00	10'00—16'00
Haselnüsse, ausgelöst	18'00—30'00	17'20—38'00	30'00—36'00
Mandeln . . .	24'00—32'00	27'00—35'00	30'00—37'00
Kaffee, gebr.	27'00—72'00	28'00—70'00	40'00—75'00
Schokolade . .	24'00—44'00	24'00—46'00	30'00—48'00
Tee	35'00—130'00	35'00—145'00	60'00—150'00
Kakao	21'50—35'00	25'00—42'00	30'00—42'00
Honig	21'00—36'00	18'00—40'00	20'00—38'00
Reis		6'20—7'90	6'50—8'60

¹⁾ Nach den Marktamtswisweisen.

Burgenlandes, wo er noch immer wegen der Trockenheit und des Viehmangels in den ersten Nachkriegsjahren besteht¹⁾.

Die Zuckerrübenenernte, besonders die Abfuhr von den Feldern, wurde durch anhaltende Regenfälle im November unterbrochen, konnte jedoch in den ersten Dezembertagen beendet werden. Den letzten Meldungen zufolge dürften rund 500.000 t Zuckerrüben an die Fabriken abgeliefert worden sein. Der Gesamtertrag kann — wenn berücksichtigt wird, daß auch geringe Mengen von der Landwirtschaft verfüttert werden — auf 520.000 t (gegen 362.000 t im Vorjahre) geschätzt werden. Da die Anbaufläche mit 26.000 ha angenommen wird, würde der Ertrag je Hektar 200 q gegen 163 q im Jahre 1948 und 252 q im Durchschnitt 1926/35 betragen. Während die Zuckerrübenenerträge durch gebietsweise stärker auftretende Engerlinge verringert wurden, gab es eine Rekordernte an Futterrüben²⁾.

Bei Kartoffeln haben neben Schädlingen auch abgebautes Saatgut und ungeeignete Sorten die Erträge geschmälert; wohl dürfte die im Long-Term-Programm präliminierte Fläche (180.000 ha) erreicht worden sein, nicht jedoch der vorgesehene Hektarertrag (135 q). Der tatsächliche Hektarertrag wird auf rund 125 q geschätzt — gegen 118,4 q im Vorjahre und 128,4 q im Durchschnitt 1926/35. Obwohl der Anteil an reinen Futter- und Industriekartoffeln infolge Beschädigung durch Engerlinge relativ hoch ist, war zweifellos die Ernte noch immer so groß, daß der gegenüber den Vorjahren nicht unbedeutend verringerte Bedarf an Speisekartoffeln größtenteils aus dem Inlandaufkommen gedeckt werden kann. Die in den letzten Wochen feststellbaren *Verknappungen im Angebot* an Speisekartoffeln waren nur zum Teil die Folge einer aus konjunkturellen Gründen verstärkten Verfütterung von Kartoffeln bzw. einer stärkeren Belieferung der Stärkeindustrie und der Wiederaufnahme des Brennereibetriebes.

Da der Schweinebestand — nach der letzten Schweinezählung — erst bis zum Jahresende rund 70% des Standes

¹⁾ Die Hackfrüchte sind, mehr als das Getreide, auf eine gute organische Düngung angewiesen, die durch Kunstdünger nur verbessert, nicht aber ersetzt werden kann. Um den Mindestbedarf an Stalldünger zu decken, müssen mindestens 0,7 Stück Großvieh je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gehalten werden. Dieser Mindestbesatz an Vieh wurde im östlichen Teile Österreichs, namentlich bei den mittleren und größeren landwirtschaftlichen Betrieben, schon seit Jahren nicht mehr erreicht.

²⁾ Futterrüben werden vorwiegend von den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben angebaut und können zufolge des bei diesen Betrieben relativ hohen Besatzes an Vieh reichlichst mit Stalldünger versorgt werden.

von 1938 erreichen dürfte, kann das an Schweine verfütterte Kartoffelquantum noch nicht übermäßig groß sein. Stärker ins Gewicht fallen jedoch die von den Stärkefabriken und Brennereien beanspruchten Kartoffelmengen. Die Stärkefabriken in Gmünd (N.-Ö.) und Aschach (O.-Ö.) werden allerdings nicht, wie vorgesehen, 50.000 t, sondern — da geeignete stärkereiche Kartoffeln fehlen — nur 35.000 t verarbeiten. Daneben sollen in rund 20 genossenschaftlichen Brennereien noch 6.000 bis 8.000 t Kartoffeln und einige tausend Tonnen Brotgetreide, das mehr als 10% Auswuchs enthält, auf 12.000 bis 14.000 hl Alkohol verarbeitet werden. Die für die industrielle Verarbeitung bereitgestellten Kartoffeln sind ohnehin größtenteils für Speisezwecke ungeeignet. So wurden von den in niederösterreichischen Brennereien lagernden 4.000 t nur 1.200 t für Speisezwecke brauchbar befunden und zum Teil dem Konsum zugeführt.

Die ungenügende Versorgung der größeren Städte mit *Speisekartoffeln* war weniger durch spekulative Zurückhaltung bedingt, als viel mehr die Folge einer unzureichenden Bevorratung. Da weder die landwirtschaftlichen Lagerhäuser noch auch der private Großhandel zur Zeit der Ernte Speisekartoffeln in größeren Mengen einlagerten, um den Bedarf im Spätherbst und Winter decken zu können, und da auch die Landwirte Kartoffeln nach dem Einmieten und Einkellern wegen Frostgefahr überwiegend erst wieder im Frühjahr zum Verkauf anbieten, stand der saisonbedingt erhöhten Nachfrage (Einkellerung bei den Verbrauchern) ein zu geringes Angebot gegenüber. Es scheint auch, daß die Unternehmerinitiative bei Genossenschaften und Händlern durch die langandauernde Bewirtschaftung teilweise verloren ging. Der Handel ist anscheinend wenig geneigt, das mit der Einlagerung verbundene Preisrisiko zu übernehmen, um so weniger, als ihm bei der bisher aufgetragenen „Verteilung“ ausreichende Spannen garantiert waren.

Auf dem österreichischen *Holzmarkt* ist gegenwärtig eine vorsichtige Zurückhaltung der Käufer, vor allem bei Schleifholz, festzustellen. Demgegenüber strebt der Waldbesitz eine Verbesserung der Verkaufserlöse durch Änderung der üblichen Sortierungsnormen an, um in Zukunft die Substanz zu schonen und Mehrschlägerungen zu verhindern und so das Angebot relativ knapp halten zu können. Die Bemühungen, eine Preisregulierung durch private Übereinkommen zwischen der Forstwirtschaft, der holzverarbeitenden Industrie und dem Holzhandel zu erzielen, schlugen jedoch bisher fehl. Die von der Waldwirtschaft geforderte Freigabe des Exportes von Rundholz wird aus gesamtwirtschaftlichen Gründen solange nicht vertretbar sein, als die von der holzverarbeitenden Industrie bezahlten Preise für Rohholz angemessen bleiben.

Die Entwicklung des Schweinebestandes

Der Bestand an Schweinen hat sich weiterhin erhöht und war am 3. September mit 1.75 Mill. Stück um 160.000 Schweine oder 10% größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Seit der Zählung vom 15. Mai hat der Schweinebestand, allerdings überwiegend saisonbedingt, um 22% zugenommen.

Die Aufstockung der Bestände war in den einzelnen Bundesländern sehr ungleich. Am stärksten stiegen gegenüber dem Vorjahre die Bestände in Wien (+ 35%), Vorarlberg (+ 31%), Tirol (+ 26%) und Salzburg (+ 22%). In Nieder- und Oberösterreich (+ 11% und + 14%) war der Zuwachs noch beachtlich, in der Steiermark (+ 4%) und im Burgenland (+ 4%) gering. Kärnten meldete fast die gleiche Schweinezahl wie im Vorjahre¹⁾. Die Schweinebestände haben also in den überwiegend nur für den betriebseigenen Bedarf produzierenden, futterschwächeren Gebieten, die Ferkel zukaufen, relativ stärker zugenommen, was sich teils aus der heuer durch Importe vergrößerten Futterbasis, teils aus einer längeren Haltungsdauer der Schweine für den Selbstbedarf erklärt²⁾.

Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung der Bestände gegenüber dem Vorjahre stark verändert. Während die Zahl der Ferkel und Jungschweine um 33% und 14% zugenommen hat, nahm die Zahl der Schlacht- und Mastschweine um 10% ab. Die geringere Zahl der Mastschweine dürfte zum Teil die Folge der dank ERP-Importen ermöglichten Beifütterung konzentrierter Eiweißfuttermittel sein³⁾, die die Haltungsdauer verkürzte. Da ferner die Nachfrage nach Fett auf den schwarzen Märkten stark zurückging, sanken die Preise von Fett stärker als die Fleischpreise. Daher ist es gegenwärtig für alle Betriebe, die Ferkel selbst aufziehen, auch lohnender, weniger schwer auszumästen und für den

¹⁾ Da in Kärnten die Schweinelähme grassierte, wobei 600 Tiere verendeten und 2000 notgeschlachtet wurden, war die Aufstockung gehemmt.

²⁾ Wie aus einer Statistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes vom Mai 1949 hervorgeht, hatten von den Schweinebesitzern des Burgenlandes, Salzburgs, Wiens, Tirols und Vorarlbergs 67 bis 79% nicht mehr als ein oder höchstens zwei Schweine. Dagegen hielten in Niederösterreich, Kärnten, Oberösterreich und in der Steiermark 41 bis 53% der Besitzer drei und mehr Schweine. Die zuletzt genannten Länder sind daher diejenigen, die für eine Marktbelieferung in erster Linie in Betracht kommen.

³⁾ Sofern nicht gegenüber den letzten Zählungen ein größerer Prozentsatz an Tieren unerfaßt blieb, was jedoch wenig wahrscheinlich ist.

Markt vorwiegend Fleischschweine zu erzeugen⁴⁾. Da die Stechviehpreise eher sinken als steigen werden, wird in Zukunft die „Schnellmast“ noch forciert werden, um möglichst früh auf den Markt zu kommen. Jene Betriebe allerdings, die Ferkel zukaufen, werden angesichts der hohen Ferkelpreise auch weiterhin schwerer ausmästen müssen, um die Produktionskosten (je Einheit) zu senken.

Entwicklung des Schweinebestandes¹⁾

Tierart	3. IX. 1947	3. IX. 1948	3. IX. 1949	1949 in % von 1948
Ferkel	114	106	141	133
Jungschweine	102	104	118	114
Zuchteber	98	94	93	99
Zuchtsäue	127	117	130	111
davon trächtig	147	127	168	133
Schlacht- u. Mastschweine	139	152	137	90
Schweine insgesamt	117	117	129	110

¹⁾ Nach den Angaben des Österr. Statistischen Zentralamtes.

Die Schweinebestände werden noch weiter stark ansteigen. Da heuer um 28.000 oder 33% mehr trächtige Muttertiere gezählt wurden, wird allein der Ferkelbestand bis zum Jahresende — unter Berücksichtigung einer Sterblichkeit von durchschnittlich 18% — schätzungsweise um rund die Hälfte höher sein als im Vorjahre⁵⁾, wodurch die überhöhten Ferkelpreise stark gedrückt werden dürften.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 480—481

Im Oktober hat sich die Stromerzeugung wegen der geringen Wasserführung der Flüsse weiter stark in die kalorischen Kraftwerke verlagert. Von der Gesamterzeugung von insgesamt 357 Mill. kWh (September 384 Mill. kWh) stammten rund 30% aus kalorischen Kraftwerken (gegen 14% im September).

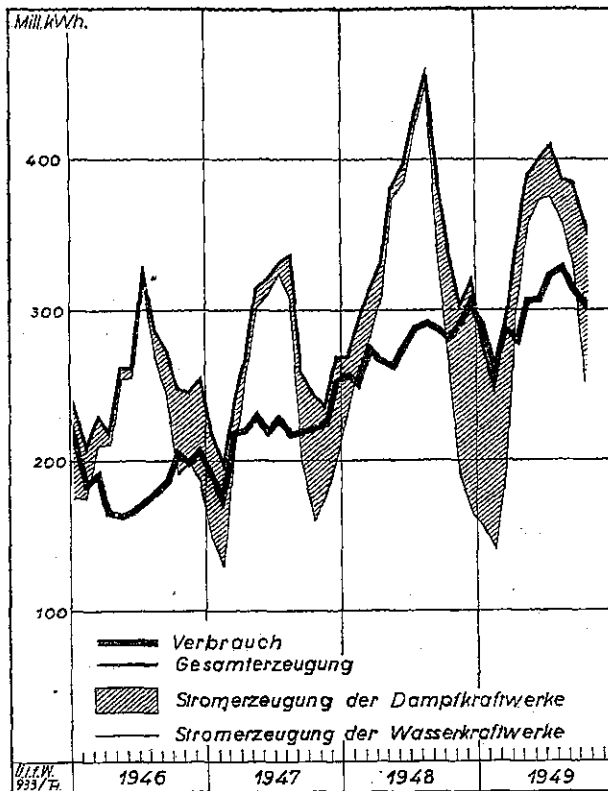
Da die Einfuhr an Strom stieg und die Ausfuhr geringfügig gedrosselt werden konnte, stand trotz der um 7% geringeren Erzeugung nur um 3% weniger Strom für den Verbrauch zur Verfügung als im September.

Die Kohlenbevorratung der Dampfkraftwerke ist vorläufig noch befriedigend. Unangenehm bemerkbar macht sich die Verzögerung bei der Reparatur eines Generators im Dampfkraftwerk der Hütte Linz, wodurch die Kapazität der kalorischen Werke eine merkliche Einbuße erleidet.

⁴⁾ Durch den rascheren Umtrieb kommt das wirkliche Ausmaß der Intensivierung der Schweinehaltung bei dem Vergleich der letzten Bestände mit jenen der Vorjahre nicht voll zum Ausdruck.

⁵⁾ Infolge der hohen Fruchtbarkeit (durchschnittlich 7 Ferkel je Wurf) steigt die Ferkelzahl überproportional an.

Stromerzeugung und Stromverbrauch (Normaler Maßstab; Millionen Kilowattstunden)



Seit 1946 hat der Verbrauch elektrischer Energie ständig stark zugenommen. Da der Ausbau der Wasserkräfte damit nicht Schritt halten konnte, mußte die Stromerzeugung in den kalorischen Werken von Jahr zu Jahr gesteigert werden (schraffierter Teil der Abbildung).

Anfang Dezember soll die 220-kV-Leitung Kaprun-Ernsthofen in Betrieb genommen werden. Sie würde eine starke Entlastung des Netzes bedeuten und außerdem die hohen Übertragungsverluste vermindern. Für den Bau wurden 680 Leitungsmaste mit einem Gesamtgewicht von 4.780 Tonnen benötigt, die von den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken nach einer italienischen Lizenz gebaut worden sind.

Auf einer anderen, eben fertiggestellten 110-kV-Leitung vom Arthurwerk (Salzburg) nach Bergheim (Salzburg) mit einer Gesamtlänge von 63,5 km wurde Mitte November der Probetrieb aufgenommen.

Die Kohlenversorgung der österreichischen Wirtschaft war im Oktober noch befriedigend. Die Förderung inländischer Kohle hat weiter zugenommen. Insgesamt wurden im Oktober 330.000 t Braunkohle (September 328.000 t) und 14.700 t Steinkohle (September 14.600 t) gefördert. Das Produktionsziel des heurigen Jahres, nämlich eine Jahresförderung von 4 Mill. t, dürfte erreicht werden.

Die Kohleneinfuhren haben sich im Oktober gegenüber September um rund 6% verringert.

Kohleneinfuhr nach Österreich

Zeit	Steinkohle	Braunkohle in Tonnen	Koks	Insgesamt ¹⁾
1937 Ø . . .	221.400	15.431	45.891	275.016
1948 Ø . . .	325.866	130.229	22.263	413.244
1949 III. . .	377.340	125.010	19.437	459.282
VI. . .	302.670	95.800	25.334	375.904
IX. . .	390.838	110.512	31.178	477.272
X. . .	355.865	130.369	28.564	449.613

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis gerechnet.

Für die Kohlenversorgung der Elektrizitätswerke Wiens spielt in der letzten Zeit der neue Kohlenbergbau in Langau (an der nördlichen Grenze Niederösterreichs) eine immer größere Rolle.

Das Vorkommen ist schon seit langer Zeit bekannt. Frühere Versuche, die verhältnismäßig nahe unter der Oberfläche liegende Kohle im Tiefbau zu gewinnen, scheiterten an den hohen Kosten. Da die anfallende Kohle nur minderwertig ist, verträgt sie keine hohen Produktionskosten.

1947 erwarb die staatliche Bergbauförderungsgesellschaft die Bergrechte in diesem Gebiet und führte zahlreiche Probebohrungen durch, als deren Ergebnis ein Lager von ungefähr 3 Mill. t Lignit in 10 bis 12 m Tiefe festgestellt wurde.

Durch Investitionen von ungefähr 17 Mill. S (zu 95% aus ERP-Mitteln) wurde ein Tagbau eingerichtet und mit modernen Maschinen ausgerüstet.

In der letzten Zeit wurde bereits eine Tagesleistung von 400 t erreicht. Die geförderte Kohle wird über eine 2 km lange Seilbahn zur Sortieranlage befördert, sortiert und sofort verladen. Der größte Teil der geförderten Kohle wird in den Wiener Dampfkraftwerken, deren Kesselanlagen auf minderwertige Kohlenarten eingerichtet sind, verfeuert.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 482—487

Die Industrieproduktion hat sich nach bisher vorliegenden Meldungen im September und Oktober weiterhin günstig entwickelt. Nach Abschluß der Urlaubsaison arbeiten die Betriebe wieder auf vollen Touren.

In dem Bestreben, das Leistungsniveau und die Entwicklung der Industrieproduktion so wirklichkeitsnah wie möglich zu messen, legt das Institut mit diesem Heft erstmalig einen neuen Produktionsindex vor, der auf einer bedeutend verbreiterten Grundlage und nach einer verfeinerten Methode berechnet ist (siehe hierzu die ausführliche Darstellung auf S. 460 f.). Infolge Verschiebungen in der Verteilung der Gewichte und Einbeziehung weiterer Produktionszweige in die Berechnung — vorwiegend solcher, die an der Nachkriegserholung geringeren

Anteil hatten — bleiben die Werte des neuen Index um einige Punkte hinter denen des alten zurück.

Gesamtindex der Industrieproduktion

Zeit	alt	neu
	Ø 1937 = 100	
Ø 1948	93·5	88·7
Ø t. Halbjahr 1949 . .	112·7	108·8

Durch die Einbeziehung einer erheblich vergrößerten Anzahl von Produkten und Betrieben und den damit unumgänglich verbundenen verlangsamten Meldungseingang wird der *neue Gesamtindex* jeweils erst ein bis zwei Monate später als der bisherige Gesamtindex berechnet werden können. Die Aufspaltung des neuen Index in fünfzehn Einzelreihen ermöglicht jedoch, einzelne Teilindizes für wichtige Produktionszweige bis unmittelbar an die Gegenwart heranzuführen und damit bei vorsichtiger Abwägung ein *aktuelles*, wenn auch nur vorläufiges *Gesamtbild* der Industrieproduktion zu gewinnen.

Die Analyse der bisher für September und Oktober vorliegenden Einzelindizes rechtfertigt die Annahme, daß sich das hohe Produktionsniveau des heurigen Sommers in den genannten Monaten nicht wesentlich verändert hat.

Produktionsindizes der wichtigsten Industriezweige

Zeit	Bergbau	Magnesitindustrie	Eisenschaff. Industrie	Metallhütten	Gießereien
	Ø 1937 = 100				
1948 Ø	101·6	120·3	106·7	161·0	96·5
1949 VI.	114·0	163·0	136·9	328·0	106·5
VIII.	116·6	155·3	141·5	373·1	110·6
IX.	122·0	168·9	158·2	295·4	127·8
X.	121·8	154·8	149·6	.	.

Zeit	Fahrzeugindustrie	Baustoffind.	Papierindustrie	Lederindustrie	Textilind.
	Ø 1937 = 100				
1948 Ø	84·2	108·3	66·8	56·2	50·5
1949 VI.	133·1	167·2	86·5	95·2	76·1
VIII.	122·7	175·6	81·7	65·1	70·6
IX.	146·2	183·3	86·2	80·7	.
X.	82·7	.	.

Auch in einigen übrigen Zweigen, für die noch keine Gesamtergebnisse der letzten Monate vorliegen, kann aus Teilberichten auf relativ *stabile Produktionsverhältnisse* geschlossen werden; so z. B. in der Maschinen-, Textil-, Nahrungsmittel- und Tabakindustrie.

Der Index der *Bergbauproduktion* ist im September auf 122·0% von 1937 gestiegen (August 116·6%), die Produktion der *Magnesitindustrie* hat mit 168·9% einen neuen Höchststand erreicht.

In der *eisenerzeugenden Industrie* ist die Produktion von Roheisen, die bereits im September um

6% gesunken war, neuerlich um 3% zurückgegangen. In der Stahl- und Walzwerkserzeugung haben sich nur unwesentliche Veränderungen ergeben.

In der *Gießereindustrie* ist in den letzten Monaten die Graugußerzeugung beträchtlich gestiegen.

Der Index der *Baustoffindustrie* erreichte im September mit 183·3% (1937 = 100) den höchsten Stand der Nachkriegszeit. In den nächsten Monaten wird die Erzeugung allerdings stark zurückgehen, weil die Saison in der Ziegelindustrie beendet ist. Da nur wenige Betriebe künstliche Trocknungsanlagen besitzen, sinkt die Erzeugung in den Wintermonaten erfahrungsgemäß um 85 bis 90% ab.

Die Leistungen der *Papierindustrie* sind im September etwas gestiegen. Der Gesamtindex erhöhte sich von 81·7% im August auf 86·2% im September.

Die *Schuhindustrie* hat im September 364.000 Paar Lederschuhe erzeugt und damit, ebenso wie die *Textilindustrie*, wieder das Produktionsniveau wie vor Beginn der Kollektivurlaube erreicht.

Die *Steyrwerke* bereiten derzeit ein neues Abkommen mit den italienischen Fiatwerken über eine weitere Montage von Personenzugwagen vor. Das erste Geschäft dieser Art, das den Zusammenbau von 2.000 Wagen in Steyr vorsah, konnte nur mit 1.200 Wagen effektiert werden, weil der italienische Markt nicht die vorgesehene Anzahl von Steyr-Traktoren aufnehmen konnte. Das neue Abkommen, das im Frühjahr wirksam werden soll, sieht vorläufig 1.800 Wagen vor, die wieder gegen Roheisen, Traktoren und Magnesit kompensiert werden sollen.

Beim Ausbau der *Wasserkraft* machte sich in den letzten Jahren der Mangel einer leistungsfähigen inländischen Erzeugungstätte für Großturbinen unangenehm bemerkbar. Die einzige große Turbinenfabrik Österreichs, die Voith-Werke in St. Pölten (deutsches Eigentum unter USIA-Verwaltung), waren wegen Kriegsschäden in den ersten Nachkriegsjahren nicht lieferfähig. Um diesem Mangel abzuhelfen, baute die Maschinenfabrik Andritz (Graz) ihre Betriebsstätte so weit aus, daß sie nun schon seit längerer Zeit Großturbinen (bis 25.000 PS) bauen kann. Gegenwärtig hat die Firma 15 Großturbinenanlagen für österreichische Auftraggeber in Arbeit. Aber auch aus dem Ausland (Bulgarien, Jugoslawien, Polen und Türkei) liegen bereits größere Aufträge vor.

In der letzten Zeit wurde ein Projekt zur Errichtung einer *Flachglasfabrik* in Mitterberg (Salzburg) heftig diskutiert. In Österreich besteht derzeit nur ein Betrieb, die Flachglasfabrik in Brunn a. G. (ebenfalls unter USIA-Verwaltung), der den österreichischen Bauglasbedarf unter normalen Verhältnissen mühelos decken kann. Wegen des großen Nachholbedarfes infolge der Kriegsschäden und weil nur ein Teil der Produktion dieses Betriebes der österreichischen Wirtschaft zugute kommt, mußten laufend größere Importe an Flachglas durchgeführt werden. Die — auf längere Sicht gesehen — schon vorhandene Überkapazität würde aber durch die geplante Neugründung noch vergrößert werden. Es wird auch eingewendet, daß die Investitionskosten für diesen neuen Betrieb so hoch seien,

daß eine Erzeugung zu den gegenwärtigen Inlandspreisen nicht möglich sei.

Die Aluminiumhütte *Ranshofen*, die während des Krieges mit sechs Ofensystemen und einer Kapazität von 60.000 Jahrestonnen gebaut wurde, mußte auch heuer wieder Mitte Oktober wegen Strommangel den Betrieb einstellen. Insgesamt verbrauchte das Werk 1949 rund 250 Mill. kWh Strom, während für den ganzjährigen Vollbetrieb etwa das Vierfache notwendig wäre.

Eines der sechs Systeme wurde aufgelassen und die baulichen Anlagen für die Errichtung eines Leichtmetallwalzwerkes verwendet, dessen Aufbau bereits weit vorgeschritten ist. Die Walzwerkskapazität wird 7.000 t im Jahr betragen. Außerdem ist eine leistungsfähige Zieherei und Presserei angeschlossen. Der hier aufgebaute Betrieb, welcher der staatlichen „Österreichische Metallwerke A. G.“ gehört, dürfte allerdings für den Inlandsmarkt überdimensioniert sein. Seine Ausnutzung wird daher von den Exportmöglichkeiten abhängen.

Seit Mitte Oktober ist die *Zuckerrübenkampagne* in der Ennser Zuckerfabrik in vollem Gange. Dieser in dieser Sparte modernste österreichische Betrieb wird in der heurigen Kampagne rund 130.000 t Rüben (d. s. rund 25% der Ernte) verarbeiten. Da die Rohausbeute heuer ungefähr 13% betragen dürfte, kann mit einer Erzeugung von rund 17.000 t Weißzucker gerechnet werden. Im Einzugsgebiet dieses Betriebes ist damit fast der Vorkriegsstand in der Rübenanlieferung erreicht, während die Ernte im Durchschnitt von ganz Österreich erst 50% der des Jahres 1937 betragen dürfte.

Der neue Index der Industrieproduktion

Österreich hat zur Zeit drei verschiedene Produktionsindizes — einen vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, einen zweiten von der Wirtschaftsabteilung des Amerikanischen Besatzungselementes und einen dritten vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung —, die sowohl in der Höhe als auch in ihrem Verlaufe beträchtlich voneinander abweichen. Das für wirtschaftspolitisch interessierte Stellen des In- und Auslandes gleich unbefriedigende Nebeneinander von drei stark divergierenden Produktionsindizes hat das Institut veranlaßt, den Ursachen der Abweichungen nachzugehen und auf Grund der gewonnenen Einsichten einen *neuen Index der österreichischen Industrieproduktion* zu konstruieren, der nach Möglichkeit die Schwächen der bisherigen Indizes vermeidet¹⁾.

Die Berechnungsmethode

Der neue Index soll die Entwicklung der gesamten österreichischen Industrieproduktion (ohne

das Gewerbe) mit Ausnahme jener der Bauindustrie zeigen. Er enthält unter weitestgehender Ausnutzung des aus Österreich stammenden statistischen Urmaterials 114 einzelne Produktionsreihen (gegenüber nur 47 im alten Index), die etwa 80% der Industrieproduktion (gegen 35 bis 40% im alten Index) umfassen. Der Berechnung liegen ausschließlich Originalreihen über die tatsächliche mengenmäßige Produktion zugrunde.

Der neue Index ist ein *wertgewogener Mengenindex* mit der Basis 1937. Als Gewichtsziffern wurden ausschließlich Nettoproduktionswerte (früher Beschäftigtenzahlen) des gleichen Jahres verwendet. Die einzelnen Mengenindizes wurden zunächst zu 15 *Gruppenindizes* (früher 8), die die Entwicklung wichtiger Industriezweige aufzeigen, zusammengefaßt und die Gruppenindizes neuerlich mit Repräsentativgewichten (der alte Index enthielt keine Repräsentativgewichte) zu einem Gesamtindex gewogen. Sowohl der Gesamtindex als auch die 15 Gruppenindizes wurden auf Kalendermonate zu 30 Tagen abgestellt. Auf die Ausschaltung von Saisonschwankungen mußte vorläufig verzichtet werden, da die Saisonbewegung der Produktion infolge nachkriegsbedingter Einflüsse stark verzerrt ist.

Ergebnisse

Nach dem neuen Index betrug die Industrieproduktion Österreichs 88,7 (1937 = 100) im Durchschnitt des Jahres 1948 und 108,8 im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1949. Im August 1949, dem letzten Monat, für den vollständige Produktionsdaten vorliegen, erreichte der Index 117,8 (1937 = 100). Die Ergebnisse des neuen Index liegen etwas tiefer als die des alten Index, der für die gleichen Zeitpunkte ein Produktionsniveau von 93,5, 112,1 und 124,7 zeigte. Der Abstand zwischen den beiden Reihen wird jedoch zunehmend geringer, da der neue Index etwas stärker steigt als der alte (auf Basis Jänner 1948 ergibt der neue Index einen Produktionsstand von 165, der alte jedoch nur einen von 151).

Der neue Index bestätigt im allgemeinen die vom Institut bisher aus dem alten Index gezogenen Schlußfolgerungen hinsichtlich der Entwicklung der Industrieproduktion und der Produktivität in den ~~Fabriken~~. So läßt vor allem auch der neue Index, trotz einem etwas niedrigeren Niveau, deutlich erkennen, daß sich die Industrieproduktion seit Kriegsende bemerkenswert gut erholt und bereits im Herbst 1948 annähernd den Vorkriegsstand erreicht hat (im Gegensatz etwa zur Landwirtschaft, die im Jahre 1948 noch kaum 60% der Vorkriegszeit produzierte).

¹⁾ Die Methodik und die Ergebnisse sowohl der bisherigen Indizes als auch des neuen Produktionsindex des Institutes werden in Beilage Nr. 9 zu Nr. 11 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jg., November 1949, „Der Index der österreichischen Industrieproduktion“ ausführlich dargestellt.

Indizes der Produktion, der Beschäftigung und der Produktivität

Zeit	Gesamtindizes der		
	Produktion	Beschäftigung	Produktivität
Ø 1937	100'00	100'00	100'00
Ø 1948	88'67	135'30	65'54
1948 I.	66'97	127'95	52'34
II.	73'62	129'86	56'69
III.	77'75	130'53	59'56
IV.	85'99	131'74	65'27
V.	83'79	133'67	62'68
VI.	96'83	135'30	71'57
VII.	87'33	135'83	64'29
VIII.	91'64	136'84	66'97
IX.	90'81	138'41	72'11
X.	96'49	139'87	68'99
XI.	104'64	141'14	74'14
XII.	90'18	142'45	69'62
1949 I.	90'20	142'45	63'32
II.	102'11	142'99	71'41
III.	106'33	144'34	73'67
IV.	112'74	145'88	77'28
V.	118'90	147'28	80'73
VI.	122'33	148'96	82'12
VII.	119'03	150'52	79'08
VIII.	117'76	152'09	77'43

Auch im internationalen Maßstab sind die Fortschritte beachtlich. Während von den in nachstehender Übersicht enthaltenen europäischen Ländern im Jahre 1948 nur die Bi-Zone und Griechenland ein im Vergleich zur Vorkriegszeit niedrigeres Produktionsniveau aufwiesen, überholte der österreichische Produktionsindex im 1. Halbjahre 1949 auch den italienischen und belgischen Index.

Die Entwicklung der Industrieproduktion in wichtigen europäischen Ländern

Land	Ø 1948 1. Halbj. 1949	
	Ø 1937=100	
Belgien	93	98
Dänemark	129	133
Deutschland (Bizone)	60	85
Finnland	137	144
Frankreich	102	117
Griechenland	73	82
Großbritannien	109	116
Italien	98	102
Niederlande	114	121
Norwegen	125	138
Österreich	89	109
Polen	153	163
Schweden	144	147

Die Aufgliederung in 15 Gruppenindizes zeigt im einzelnen die ebenfalls aus dem alten Index bekannte Tatsache, daß das verhältnismäßig hohe Produktionsniveau vorwiegend der günstigen Entwicklung der Produktionsmittelindustrie zu verdanken ist, während die Produktion der Konsumgüterindu-

strien hinter der allgemeinen Entwicklung stark zurückbleibt. Im Jahre 1948 wurden in typischen Konsumgüterindustrien nur 50 bis 85% der Vorkriegsleistung produziert (Papierindustrie 67%, Leder- und Schuhindustrie 76% und Tabakindustrie 85%), in den Produktionsmittelindustrien dagegen 84 bis 162% (Bergbau 102%, Magnesitindustrie 120%, Eisenhütten 107%, Metallhütten 162%, Gießereien 96%, Fahrzeugindustrie 84%, Maschinenindustrie 100%, Baustoffindustrie 108%, Elektroindustrie 103% und chemische Industrie 121%).

Da der neue Index etwas tiefer liegt als der alte, der Beschäftigtenindex aber unverändert blieb, kommt die niedrige Produktivität (Produktion je Beschäftigten) der österreichischen Industrie noch deutlicher als bisher zum Ausdruck. Nach dem neuen Produktionsindex wurden im Jahre 1948 pro Beschäftigten nur 65,5% und im 1. Halbjahre 1949 nur 74,8% von 1937 produziert, während der alte Produktivitätsindex schon auf 69,1% und 77,0% gestiegen war. Der Produktivitätsfortschritt ist hingegen nach den neuen Ziffern etwas größer: nach dem neuen Index vom Jänner 1948 bis zum 1. Halbjahr 1949 um 42,8%, nach dem alten nur um 32,6%.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 488

Die stärkere Geschäftsbelebung, die im Einzelhandel seit September zu verzeichnen ist, hielt im Oktober an. Die Umsätze des Einzelhandels (Gesamtindex) stiegen um rund 33%¹⁾, die der Wiener Warenhäuser um rund 38%. Der prozentuelle Zuwachs der Umsätze war in vielen Branchen größer als im Vormonat. Die Umsatzsteigerung ging fast durchwegs beträchtlich über das saisonübliche Ausmaß hinaus; das läßt den Schluß zu, daß die bereits im September beobachteten spekulativen Käufe weiter zugenommen haben. Die Entwicklung ist ähnlich jener im Oktober des Vorjahres; damals haben ebenfalls Währungsgerüchte eine Zunahme der Käufe hervorgerufen.

Unruhe und Unsicherheit wegen der bevorstehenden Wechselkursänderung veranlaßten vielfach

Saisonübliche und tatsächliche Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im September und Oktober

	Saisonindex ¹⁾		1948		1949	
	IX.	X.	IX.	X.	IX.	X.
Damenkonfektion	+ 66	+ 70	+ 27	+ 72	+ 41	+ 55
Herrenkonfektion	+ 38	+ 40	+ 25	+ 58	+ 25	+ 61
Meterware			+ 48	+ 67	+ 53	+ 28
Schuhe	+ 8	+ 15	- 20	+ 64	+ 22	+ 54
Hausrat	+ 48	+ 14	+ 15	+ 46	+ 4	+ 56
Parfumeriewaren			+ 0	+ 16	- 3	+ 3

1) Berechnet auf Grund der Vorkriegsumsätze.

1) Nach vorläufigen Angaben.

Händler und Produzenten, vor allem Importgüter und Waren mit ausländischer Rohstoffgrundlage zurückzuhalten, d. h. das Angebot zu drosseln, um Verluste zufolge einer eventuellen Verteuerung der Wiederbeschaffungspreise zu vermeiden. Die Konsumenten hingegen erhöhten ihre Nachfrage, nicht zuletzt auf Grund falscher Vorstellungen über die Auswirkungen einer Wechselkursänderung. Qualitätsansprüche wurden aber wie bei normalen Anschaffungskäufen gestellt und ausgesprochene „Angst“käufe waren, hauptsächlich wegen der geringen Geldreserven, selten.

Das Zusammentreffen von Angebotsverminderung und Nachfragesteigerung erhöhte zwangsläufig die Preise. Da jedoch die Umsatzmeldungen keine detaillierten Angaben über die verkauften Waren enthalten und die Preise sich verschieden verändert haben, läßt sich kaum ermitteln, wie weit der Umsatzzanstieg auf derartige Preissteigerungen zurückzuführen ist¹⁾. Diese waren im übrigen keineswegs allgemein. Sie setzten sich vor allem bei importierten Genußmitteln (15 bis 25%), Eiern, Kartoffeln und Gemüse (20 bis 30%) und bei Schuhen (8 bis 18%) durch.

In der *Textilbranche* erhöhten sich die Umsätze der Herrenkonfektion um 61%, die der Damenkonfektion um 55%; den Saisonserwartungen nach hätten die Umsätze in der Damenkonfektion um 70% steigen müssen. Die Umsätze in Meterware sind dagegen sowohl im Vergleiche zum Vormonat wie auch zum gleichen Monat des Vorjahres nur noch wenig gestiegen (28%), da das Angebot an guter (insbesondere reinwollener) Ware zufolge spekulativen Zurückhaltens sehr knapp blieb, die minderwertige Ware aber von den Konsumenten — im Gegensatz zum Vorjahre — abgelehnt wurde. Bemerkenswert war die relativ starke Geschäftsbelegung im *Schuhhandel* (+ 54%), obwohl die Preiserhöhungen der ohnehin schon teuren Schuhe eher eine Zurückhaltung der Konsumenten hätten erwarten lassen. Anscheinend wurden weitere Preisauftriebenden befürchtet. Die Umsätze von *Hausrat* stiegen um 56%²⁾; neben den saisonüblichen Käufen (Öfen und andere Heizgeräte) haben die Hausrats-

hilfe und die zunehmenden Ratengeschäfte den Umsatz belebt. Im Einzelhandel mit *Parfumerie- und Drogeriewaren* war der Geschäftsgang von der allgemeinen Kauflust relativ wenig beeinflusst. Hier blieben die Umsätze seit August nahezu konstant. Bekannte Markenwaren werden immer mehr bevorzugt.

Auf der *Grazer Messe* (15. bis 25. Oktober) wurden rund 240 Mill. S umgesetzt, wovon rund 31% auf Maschinen, 14% auf Textilien, 9% auf Erzeugnisse der Elektroindustrie, 8% auf Fahrzeuge, 4% auf Eisen- und Metallwaren entfielen, während sich der Rest auf eine Reihe anderer Konsum- und Investitionsgüter verteilte. Hauptabnehmer waren die steirischen Bauern, die nach Verkauf eines großen Teiles ihrer Ernte über größere Barmittel verfügten. Daneben wurden auch Exportgeschäfte, insbesondere mit Italien, Bulgarien, Schweiz, Türkei, Sowjetunion und USA abgeschlossen. Im Gegensatz zur Wiener Messe, auf der vorwiegend an Wiederverkäufer verkauft wird³⁾, war in Graz das Detailgeschäft sehr umfangreich.

Die Einnahmen aus der *Umsatzsteuer* (einschließlich des Bundeszuschlages) nahmen im Oktober um rund 14% zu. Sie blieben damit hinter der Umsatzsteigerung des Einzelhandels im September zurück, obwohl im Oktober wegen der Einzahlungen der vierteljährlich abrechnenden Betriebe ein stärkerer Anstieg zu erwarten gewesen wäre. Sofern nicht noch Nachtragszahlungen einlaufen, würde die geringe Erhöhung der Umsatzsteuereinnahmen darauf hindeuten, daß die Umsatzbelegung im September vor allem auf den Einzelhandel beschränkt blieb, die vorgelagerten Stufen dagegen zum Teil aus spekulativen Erwägungen zurückhaltend waren.

Die Einnahmen aus den *Verbrauchssteuern* waren im Oktober um 22% höher als im Vormonat und erreichten damit den bisherigen Jahreshöchststand. Vor allem stiegen die Eingänge aus der Tabaksteuer (um 18%), da der Absatz an Regiezigaretten auf Kosten der Schleichhandelszigaretten weiter zunahm. Auch die Weinsteuern erbrachte Mehreinnahmen von 38%, nachdem die Erträge einige Monate gesunken waren. Der Bedarf an Fässern für die neue Ernte dürfte die Produzenten zu Verkäufen gezwungen haben. Der Konsum war jedoch — nach Angabe der Weinhändler — weiter rückläufig. Dagegen stieg der Bierverbrauch als unmittelbare Folge der Einführung des 12gradigen

¹⁾ Der Lebenshaltungskostenindex kann nur bedingt zur Ausschaltung der Preissteigerungen herangezogen werden. So haben z. B. in der Gruppe Nahrungs- und Genußmittel die von Preissteigerungen besonders betroffenen Waren, wie Eier, Rosinen, Kaffee, Kakao, Gewürze u. ä., im Verbrauchsschema des Lebenshaltungskostenindex offenbar ein geringeres Gewicht als in den Umsätzen der repräsentativen Betriebe (Kolonialwaren- und Delikatessengeschäfte) der entsprechenden Branche.

²⁾ Nach vorläufigen Angaben.

³⁾ Der Verkauf an Konsumenten wurde auf der Wiener Messe auf Wunsch des Einzelhandels sehr eingeschränkt.

Einnahmen aus Verbrauchssteuern im Jahre 1949

Monat	Verbrauchssteuern insgesamt	Tabaksteuer ¹⁾ Jänner = 100	darunter Biersteuer ¹⁾	Weinsteuer ¹⁾
II.	82	77	64	332
III.	95	84	105	511
IV.	85	75	100	413
V.	123	115	143	419
VI.	96	84	140	413
VII.	95	83	162	395
VIII.	125	114	277	379
IX.	105	91	300	301
X.	128	108	361	414

¹⁾ Einschließlich Aufbauszuschlag.

Bieres im September stärker an. Die Eingänge aus der Biersteuer nahmen um 20% zu.

Der Besuch der *Vergnügungsbetriebe* stieg im Oktober saisongemäß an. Die Wiener Theater zählten um 77%, die Lichtspielbetriebe um 17% mehr Besucher als im Vormonat. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Zunahme bei den Theatern 57%, bei den Lichtspieltheatern 11%.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 489-492

Das anhaltend schöne Herbstwetter im Oktober ermöglichte die Fortsetzung der Bausaison und damit ein weiteres Ansteigen der *Gesamtbeschäftigung* (des Krankenversichertenstandes) um 5.700 auf 1.970.100. Der Beschäftigtenstand in Industrie und Gewerbe allein überschritt im Oktober erstmalig die 1½-Millionen-Grenze. Gleichzeitig ging die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* weiterhin um 600 auf 71.747¹⁾ zurück. Damit war der Höhepunkt der Herbstsaison erreicht. Mit dem Beginn des Schlechtwetters im November nahm der Rückgang der Arbeitslosigkeit ein Ende und die Beschäftigtenziffern, die im Vorjahre schon im Oktober rückläufig wurden, dürften es heuer erst im November werden.

Die Zunahme der Beschäftigung in den Monaten September und Oktober vollzog sich vorwiegend in Wien. Der Mitgliederstand der Wiener Gebietskrankenkasse, der sich in den vergangenen Monaten — von saisonmäßigen Schwankungen abgesehen — nur langsam aufwärts entwickelt hatte, nahm im September und Oktober um 15.300 Personen zu. Die Freigabe von Mitteln für Bauzwecke nach dem dritten Preis-Lohn-Abkommen, eine erhöhte Bautätigkeit mit eigenen Mitteln sowie Besserungen in der Rohstoffversorgung dürften sich besonders in Wien fördernd ausgewirkt haben. In den Bundesländern nahm zwar die industrielle Beschäftigung in diesen zwei

¹⁾ Entgegen dieser allgemeinen Entwicklung nahm die Zahl der stellensuchenden *Angestellten* seit August leicht zu. Sie lag Ende Oktober mit 17.500 um 800 über dem Stand von Ende August.

Monaten auch zu, aber nur um 7.400, was einer prozentuellen Zunahme von nur 0,8% gegen 2,9% in Wien entspricht. Da sich in der Landwirtschaft gleichzeitig der saisonmäßige Rückgang fortsetzte, sank die Gesamtbeschäftigtenzahl in den Bundesländern bereits im Oktober, in der englischen und französischen Zone, wo sie im August ihren Höhepunkt erreicht hatte, schon im September. Die Zahl der Stellensuchenden nahm in den Bundesländern ab Oktober zu.

Die Beschäftigungsentwicklung in den Bundesländern ohne Wien

Monat	Beschäftigte in		
	Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel ¹⁾	Industrie, Gewerbe und Handel ¹⁾ 1000 Personen	Vorgemerkte Stellensuchende
1949: Juli . . .	1.199,4	948,4	427
August . . .	1.206,1	955,4	384
September . . .	1.206,1	958,4	373
Oktober . . .	1.204,9	962,8	377

¹⁾ Ohne Bundesangestellte und Bundesbahnbedienstete.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 493-494

Die Erntetransporte (vor allem von Kartoffeln) haben den *Güterverkehr* der Bundesbahnen im Monat September gegenüber August belebt, so daß die geleisteten Nutzlast-Tonnenkilometer um 31,5 Mill. und die täglichen Wagengestellungen um 141 Stück stiegen. Im Oktober hat der Herbstverkehr weiter saisonmäßig stark zugenommen. Vor allem die Zuckerrübenkampagne hat den Bedarf an offenen Güterwagen sehr erhöht. Obwohl der Wagenpark knapp war, konnten die Bundesbahnen bis jetzt allen Anforderungen entsprechen und Güterstauungen vermeiden. Dazu trugen die im Vergleich zu den vergangenen Jahren verkürzten Wagnumlaufzeiten entscheidend bei.

Die Leistungen im Güterverkehr entsprachen in den ersten neun Monaten des Jahres ungefähr jenen des Vorjahres. Hingegen weicht die quartalsweise Entwicklung von der vorjährigen stark ab. Die übliche Saisonspitze im 3. und 4. Quartal fehlt dies-

Leistungen im Güterverkehr

	1948					
	1937		1948		1949	
	Mill.	Nutzlast-1-km	Mill.	Nutzlast-1-km	Mill.	Nutzlast-1-km
I. Quartal . . .	817	100	1.347	100	1.614	100
II. „ . . .	915	112	1.492	111	1.638	101
III. „ . . .	994	122	1.843	137	1.446	90
	2.726	—	4.682	—	4.698	—

mal. Im 3. Quartal nahmen die Verkehrsleistungen gegenüber dem ersten sogar um 168 Mill. Nutzlast-Tonnenkilometer ab, was vor allem an der Verminderung der Ein-, Aus- und Durchfuhr liegt, die im 3. Quartal mengenmäßig um rund 16% hinter

Beförderte Transportmengen in Ein-, Aus- und Durchfuhr
Von Jänner—September 1949

Zeit	Transit	Einfuhr in 1000 Tonnen	Ausfuhr	Insgesamt
I. Quartal	890·7	2.265·7	688·1	3.844·5
II. „	943·8	2.098·0	730·4	3.772·2
III. „	657·5	1.965·3	600·2	3.223·0
1949: I.—III. Quartal	2.492·0	6.329·9	2.018·5	10.839·4
1948: I.—III. Quartal	2.138·5	5.658·8	1.260·7	9.058·0
III. Quartal 1949 in % vom I. Quartal	73·8	86·7	87·2	83·8

dem ersten zurückblieb¹⁾. Teilweise sind die geringeren Transportleistungen aber auch auf den Rückgang im Binnengüterverkehr zurückzuführen. Die Tarifierhöhung im Juni d. J. dürfte zu einer stärkeren Lokalisierung der Märkte für voluminöse Güter geführt haben, die den nachgefragten Frachtraum, speziell für weite Entfernungen, vermindert hat.

Die Einnahmen aus dem *Transitverkehr* betragen im Oktober 5·5 Mill. Schweizer Franken gegen 5·7 Mill. im September. In der Nord-Süd-Richtung waren wieder zunehmende Kohlentransporte zu beobachten. Der Ost-West-Transit gestaltete sich dank umfangreicheren Lieferungen von Obst, Getreide, lebenden Tieren und Bauxit von den Südoststaaten nach Westdeutschland und Belgien lebhafter.

Der Transitverkehr ging im 3. Quartal stark zurück. Der Monatsdurchschnitt je Quartal betrug nur 228.700 t gegen 293.800 t im ersten und 314.600 t im zweiten Quartal; er brachte an Einnahmen 5·5 Mill. Schweizer Franken im dritten, 7·0 im ersten und 7·2 im zweiten Quartal. Die Ursachen dieses Schwundes liegen darin, daß die nord-südlichen Kohlentransporte stark zurückgingen und der Handelsverkehr zwischen Jugoslawien einerseits und Polen sowie CSR andererseits nahezu völlig unterbunden wurde.

Osterreichischer Transitverkehr von und nach Jugoslawien

Zeit	Von und nach Polen — CSR in Tonnen	Gesamt	Monats- durchschnitt	
Jänner—Juni	64.747	66.685	131.432	21.905
Juli—September	99	520	619	206

Im Vergleich zum Vorjahre haben in den ersten neun Monaten des Jahres die Transportmenge um 16·4% und die Einnahmen um 9·4% zugenommen. Die Bedeutung der einzelnen Staaten für den österreichischen Transit hat sich nicht unwesentlich ver-

¹⁾ Von der Minderleistung im III. Quartal in Höhe von 168 Mill. Nutzlast-Tonnenkilometer entfallen u. a. 96 Mill. auf den Transit und zirka 66 Mill. auf die Ein- und Ausfuhr, wobei für letztere Post eine mittlere Transportweite (österreichisches Streckennetz) von 160 km per t angenommen wurde.

ändert. Die im vergangenen Jahre überragende Stellung Polens und der CSR ist zu Gunsten Ungarns, Italiens und Westdeutschlands stark eingeschränkt worden. Der Anteil Polens und der CSR, deren absolute Transportmenge um rund 25% zurückging, sank von 54·7% auf 34·9%, während Ungarn, Italien und Westdeutschland ihren Anteil von 24·5% auf 48·0% erhöhen konnten, bei einer gleichzeitigen Steigerung ihrer absoluten Transitmenge um 127·6%. Diese Wandlung ergab sich vor allem aus dem Wachsen des Handelsverkehrs zwischen Westdeutschland auf der einen Seite, Italien und Ungarn auf der anderen Seite. Die gesamte über die österreichische Transitstrecke geleitete Warenmenge von und nach Westdeutschland stieg in der Vergleichszeit von 294.200 t auf 816.700 t²⁾, wobei sich die Warenmengen aus Ungarn von 4.200 t auf 176.709 t und die aus Italien von 119.200 t auf 281.609 t erhöhten. Der Transitverkehr mit Westdeutschland wurde dadurch zum zweitwichtigsten (an erster Stelle steht der Verkehr mit Italien), während er im Jahre 1948 an sechster Stelle stand. Einnahmemäßig dürfte er sogar am bedeutendsten sein, da rund 50% der von und nach Westdeutschland transportierten Güter auf den längeren österreichischen West-Ost-Transitweg entfallen. Die Veränderungen des gesamten Transitverkehrs zeigt die nachstehende Übersicht im einzelnen.

Transitverkehr in den ersten drei Quartalen 1949

	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	I.—III. 1949	I.—III. 1948 in % v. 1948
Nettotonnen	890·7	943·8	657·5	2.492·0	116·1
davon aus					
Deutschland	99·5	118·1	128·4	346·0	219·8
Italien	149·6	152·6	103·3	405·5	151·9
Jugoslawien	49·7	29·4	29·4	108·5	57·0
Polen	173·0	215·0	31·3	419·3	67·7
Schweiz	10·4	10·6	12·4	33·4	64·1
CSR	165·2	159·2	123·0	447·4	81·2
Ungarn	144·1	146·1	150·4	440·6	443·3
Andere	99·2	112·8	79·3	291·3	139·1
Einnahmen ¹⁾	20·9	21·7	16·5	59·2	109·4

¹⁾ In Millionen Schweizer Franken.

Im *Personenverkehr* ist die Zahl der verkauften Fahrkarten von 6·7 Mill. Stück im August wieder auf 5·5 Mill. im September zurückgegangen. Dieser vorzeitige Abbruch der Urlaubs-Reisefrequenz — der September gehört zu den Monaten mit durchschnittlich sehr starkem Reiseverkehr — dürfte fast ausschließlich auf die erhöhten Bahntarife zurückzuführen sein. Dies bestätigt auch ein Vergleich mit dem Vorjahre: Während im Jahre 1948 die Reise-

²⁾ Hierin sind auch die Westdeutschland durchlaufenden Güter enthalten.

frequenz in den Sommermonaten um rund 26% zunahm, stieg sie in diesem Jahr nur um 4%, obwohl sich der Ausländer-Fremdenverkehr verdoppelte.

Verkaufte Fahrkarten in den Jahren 1948 und 1949

Zeit	1948		1949	
	Monatsdurchschnitte	in 1000 Stück	Monatsdurchschnitte	in 1000 Stück
Jänner—Mai . . .	6.000	100'0	5.654	100'0
Juni—September	7.552	125'8	5.882	104'0

Die *Betriebseinnahmen der Bundesbahnen* stiegen im Monat September (nach einem Rückgang im August) auf 159'7 Mill. S und überschritten die laufenden Betriebsausgaben um 16 Mill. S. Die ersten fünf Monate nach der Tarifreform (Juni—September) ergeben somit einen Abgang in Höhe von 42'1 Mill. S, gegen 171'5 Mill. S in der gleichen Zeit des Vorjahres. Da die Verkehrsleistung in beiden Zeitabschnitten nahezu die gleiche ist (1948: 2.803'4 Mill. Nutzlast-t-km, 1949: 2.790'2 Mill. Nutzlast-t-km) hat sich die finanzielle Gebarung der Bundesbahnen je Leistungseinheit bedeutend verbessert; allerdings fast ausschließlich als Folge der Tarifierhöhung, weniger dank Rationalisierungsmaßnahmen oder Leistungssteigerungen.

Betriebsgebarung von Juni bis September 1948 und 1949

Art	1948		1949	
	absolut Mill. S	je 1000 Nutzlast-t-km S	absolut Mill. S	je 1000 Nutzlast-t-km S
Betriebseinnahmen	503'5	179'6	726'0	260'1
Laufende Betriebsausgaben . . .	675'0	240'8	768'1	275'2
Betriebsabgang . . .	171'5	61'2	42'1	15'1
Außerordentlicher Aufwand . . .	234'0	83'5	139'1	49'8
Gesamtdefizit . . .	405'5	144'6	181'2	64'9

Der *Donauschiffsverkehr* (Linz—Regensburg) war im Monat Oktober durch bessere Wasserstandsverhältnisse begünstigt. Die Leistungen erreichten in der Talfahrt 90.600 t (85.624 t im September) und bergwärts 811 t (1.650 t). Die Frachten bestanden aus 90.412 t Kohle und 1.000 t sonstigen Gütern, unter denen Bleche der VOeST (811 t) vorherrschten.

Die Tätigkeit der Österreichischen Reisekasse

Die im September 1948 gegründete „Österreichische Reisekasse“¹⁾ ist der erste Versuch in Österreich, den Urlaubsverkehr im Inland durch eine Verbindung von Zwecksparen und Subventionierung zu verbreitern. In Anlehnung an das Schweizer Vorbild

versucht sie durch den Verkauf von Reisemarken²⁾, die auch verbilligt abgegeben werden können, vor allem den Beziehern mittlerer und kleinerer Einkommen, die kurzfristig das Geld für Urlaubsreisen nicht aufbringen können und ohne besonderen Anreiz auch während des Jahres für diesen Zweck nicht sparen, Urlaubsreisen und Erholungsaufenthalte zu ermöglichen. Die „Reisekasse“ verfolgt also in erster Linie sozialpolitische Ziele.

Die Erfahrungen der „Reisekasse“ im ersten Jahre ihres Bestehens sind ermutigend, wenn man die mit jeder derartigen Neugründung verbundenen Anlaufschwierigkeiten berücksichtigt.

Seit Beginn des öffentlichen Markenverkaufes im Februar 1949 bis einschließlich September konnte ein abgerechneter Reisemarkenverkauf im Betrage von S 302.508— erzielt werden, wozu noch zirka S 150.000— aus den offenen, noch nicht abgerechneten Kommissionen kommen dürften.

Umsatz der Reisemarken

(Februar bis September 1949)

Ausgegebene Marken	S 1.078.272—
— noch nicht abgerechnete Kommissionen	S 775.764—
Abgerechneter Markenabsatz	S 302.508—
— Einlösung von Reisemarken	S 211.561—
Bestand der Urlaubseinlagenkasse	S 90.947—

Die Zahl der Markenverkaufsstellen beträgt gegenwärtig 2.615. Die für Urlaubs- und Reisezwecke verwendeten Sparmarken beliefen sich in der Zeitspanne — Februar bis September — auf S 211.561—, von denen rund 88% für Reise-spesen und der Rest zur Bezahlung von Aufenthaltskosten aufgewendet wurden. Die noch bestehenden Hemmungen der Sparer, sich am Aufenthaltsort als solche zu deklarieren, kommen in diesem Verhältnis deutlich zum Ausdruck. Zweifellos wird es nicht leicht sein, dieses psychologische Hindernis gegen eine weite Verbreitung des Zweckspargedankens zu überwinden³⁾. Die Zahl der Sparer wird von der Reisekasse gegenwärtig auf rund 20.000 geschätzt.

Für die weitere Entwicklung der „Österreichischen Reisekasse“ ist die Möglichkeit, Reisemarken *verbilligt* abzugeben, entscheidend, da hierin wohl der größte Ansporn für diese Art kurzfristigen Sparens liegt. In der Berichtszeit konnten 69% aller verkauften Marken zu einem durch-

²⁾ Die Reisemarken haben einen Nennwert von S 1— und können um diesen Betrag bei öffentlichen Markenverkaufsstellen oder zu einem verbilligten Satz, sofern der Arbeitgeber oder die Berufsorganisation einen Zuschuß leistet, erworben werden. In letzterem Fall gewährt die Reisekasse einen weiteren Zuschuß in entsprechender Höhe aus Mitteln ihres Genossenschaftsfonds. Die Marken können zur Bezahlung von Reise- und Aufenthaltskosten verwendet werden.

³⁾ Hemmend wirkt sich allerdings noch der Umstand aus, daß die Reisemarken nur in Gaststätten, die der Reisekasse als Genossenschaftler angehören (gegenwärtig rund 500 Betriebe) verwendet werden können.

¹⁾ Siehe Nr. 1 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII, Jahrgang, Jänner 1949, S. 11.

Verkaufte Reisemarken nach Verkaufsstellen

Februar bis September 1949

	Anzahl	Verkaufte in S	Reisemarken in %
1. Markenverkaufsstellen mit Verbilligung:			
Arbeitgeberfirmen	75	176.550	58,4
Arbeitnehmerverbände	9	9.300	3,1
Konsumgenossenschaft	1.160	7.746	2,6
Schulen	5	2.500	0,8
Vereine und Diverse	20	12.500	4,1
2. Öffentliche Markenver- kaufsstellen:			
Trafiken	926	37.194	12,3
Geldinstitute	397	16.910	5,5
Reisebüros	23	5.698	1,9
Reisekasse	—	34.110	11,3
	2.615	302.508	100,0

schnittlichen Preis von 87 Groschen abgegeben werden¹⁾. Der größte Beitrag wurde von den Betrieben geleistet, auf die 84,2% aller verbilligten Reisemarken entfielen. Die Arbeitnehmerverbände sind hingegen nur mit knapp 4% beteiligt, ganz im Gegensatz zur Schweiz, wo die Gewerkschaften die Hauptstütze der Reisekasse bilden.

Wenn auch die Österreichische Reisekasse den sozialpolitischen Gesichtspunkt in den Vordergrund rückt, so ist doch andererseits eines ihrer Ergebnisse, die Belebung des inländischen Fremdenverkehrs; es ist daher anzunehmen, daß in Zukunft auch das Verkehrs- und Gastgewerbe an der Entwicklung der „Reisekasse“ stärker interessiert sein wird.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 495—496

Im September konnte die *Ausfuhr* den August-Tiefstand überwinden und mit 254 Mill. S wenigstens annähernd den Juli-Stand erreichen. Der saisonbereinigte Index lag mit 156,5 (1948 = 100) sogar um mehr als einen halben Punkt über dem Juli-Index. Der bis zum Jahresende saisonüblich anhaltende Anstieg läßt auch für Oktober eine gewisse Zunahme der *Ausfuhr* erwarten²⁾, wenn auch infolge der internationalen Abwertungen und besonders der über zwei Monate währenden Ungewißheit über das Schicksal des Schillingkurses die Entwicklung der *Ausfuhr* noch deutlich hinter dem im Mai und Juni erreichten Stand zurückbleiben dürfte.

Die kommerzielle *Einfuhr* nahm im September um 21,4% zu und erreichte mit 409 Mill. S — ebenso wie der *Einfuhrüberschuß* mit 155 Mill. S —

¹⁾ An Zuschüssen wurde gewährt: von der Reisekasse S 6.963—, von Arbeitgebern, Verbänden, Schulen usw. S 20.500—. Da die Verbilligung gleichsam eine Verzinsung des Sparbetrages darstellt und der Sparprozeß sehr kurzfristig ist, bedeutet diese Zuschußquote von 13% einen beachtlichen „Zinssatz“.

²⁾ Die *Einfuhr* der Schweiz aus Österreich stieg zwischen September und Oktober von 48 Mill. auf 53 Mill. Schweizer Franken. Allerdings lag sie im September niedriger als im August (49 Mill. Schweizer Franken).

einen neuen Höchststand. Mehr als ein Drittel der *Mehreinfuhr* von 72 Mill. S kommt aus der Türkei (+ 14 Mill. S) und Jugoslawien (+ 13 Mill. S), denen gegenüber in den vergangenen Monaten die *Clearingbilanz* aktiv war³⁾. Ein großer Teil des sonstigen Zuwachses stammte aus überseeischen Ländern — USA, Australien, Kuba, Indien, Brasilien —, während die *Einfuhr* aus den europäischen Staaten entweder nur wenig stieg oder sogar abnahm. Die *Einfuhr* aus der direkten Marshall-Hilfe lag im September mit 119 Mill. S⁴⁾ etwas unter jener der beiden Vormonate.

Im dritten Quartal 1949 hat die kommerzielle *Einfuhr* gegenüber dem vorangegangenen Quartal um 3,4% zugenommen, die *Ausfuhr* aber um 12,9% abgenommen⁵⁾. Die Erhöhung der *Einfuhr* (+ 63,9%) und der *Ausfuhr* (+ 41,6%) gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres geht zum Großteil auf Preissteigerungen zurück.

	Einfuhr in Mill. S	Ausfuhr in Mill. S
III. Quartal 1948	676,6	516,1
II. „ 1949	1.072,1	838,7
III. „ 1949	1.109,0	730,6

Die zukünftige Entwicklung des Außenhandels wird weitgehend durch zwei Ereignisse bestimmt werden: die Schillingabwertung und die Liberalisierung des Außenhandels.

Die Schillingabwertung und ihre Auswirkung auf den Außenhandel ist an anderer Stelle dieses Heftes (S. 443 ff.) ausführlich dargestellt. Ganz allgemein wird die Neuregelung der Wechselkurse und der Devisenmärkte kurzfristig das Außenhandelsvolumen eher einschränken.

Der zweite Faktor, der den Außenhandel entscheidend beeinflussen kann, ist der Beschluß der OEEC, von ihren Mitgliedstaaten bis 15. Dezember die Vorlage von Vorschlägen zu verlangen, wonach multilateral 50% ihrer *Einfuhren* aus den anderen Marshall-Plan-Staaten von Kontingentbestimmungen befreit werden sollen. Diese Entschliebung geht über den schon früher von derselben Organisation gefaßten Beschluß zur Liberalisierung des Außenhandels insofern hinaus, als sie erstens einen bestimmten Perzentsatz für die Befreiung der *Einfuhr* festlegt, zweitens die Anwendung dieses Perzentsatzes nicht nur auf die Gesamteinfuhr aus den Marshall-Plan-Ländern, sondern auf jede der drei

³⁾ In der Jänner-August-Periode erreichte der *Überschuß* der *Ausfuhr* nach Jugoslawien 32,7 Mill. S und in die Türkei 26,8 Mill. S.

⁴⁾ Vorläufige Ziffer.

⁵⁾ Siehe auch S. 468 ff.: „Die Ursachen des Rück-schlages des österreichischen Außenhandels seit Mai 1949.“

Hauptgruppen — Nahrungsmittel, Rohstoffe, Fertigwaren — verlangt, drittens die Festlegung von Globalkontingenten (an Stelle der bisherigen bilateralen Kontingente) nicht als Aufhebung der quantitativen Beschränkungen anerkennt.

Dadurch wurde es für Österreich nötig, die Liste der ursprünglich für eine Freigabe erwogenen Importe, die, abgesehen von Spezialmaschinen und Chemikalien, vor allem eine Reihe von Rohstoffen enthielt, zu erweitern. Es wurden daher zusätzlich zu der ursprünglichen, ganz unbedeutenden Gruppe von Einfuhrfreiwaren zwei weitere Listen ausgearbeitet, die für den Abbau der Kontingente als Verhandlungsgrundlage dienen sollen. Die erste Liste umfaßt jene Waren, die ohne Bedingungen freigegeben werden sollen, das sind vor allem eine ganze Reihe von Chemikalien, Kunstdünger, Rohwolle und Baumwolle, gewisse Spezialmaschinen und elektrische Maschinen sowie Motore und Bestandteile für Kraftfahrzeuge. Die zweite Liste zählt Waren auf, deren Befreiung von Kontingentbestimmungen oder Einreihung in Globalkontingente von Gegenkonzessionen abhängig gemacht werden soll: u. a. verschiedene Nahrungsmittel, Tabak, Sämereien, Steinkohle, Eisenerz, Leder und Häute, einige Textil- und Metallwaren und Maschinen. Aus der nebenstehenden Tabelle, welche die wichtigsten Einfuhrposten aus den Marshall-Plan-Ländern (gereiht in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit im ersten Halbjahre 1949) enthält, ist ersichtlich, daß diese beiden Listen zusammen tatsächlich die wichtigsten Einfuhrwarengruppen aus den Marshall-Plan-Ländern berühren, so daß ihre Anwendung aller Voraussicht nach die geforderte 50%ige Befreiung der Einfuhren aus den Marshall-Plan-Ländern von den Kontingentbestimmungen mit sich bringen würde¹⁾. Dies trifft allerdings nicht auf Nahrungsmittel zu. Auch die Tatsache, daß gewisse Waren auf einer bedingten Liste stehen, würde mit den Erfordernissen einer 50%igen Freigabe nicht übereinstimmen.

Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß Österreich am 15. Dezember dem OEEC-Beschluß noch nicht voll entsprechen kann und von der Klausel Gebrauch machen muß, die ein *begründetes* Hinauszögern dieser Maßnahmen vorsieht. Dies erscheint um so wahrscheinlicher, als die Einschränkung des Kontingentsystems die Frage der Valorisierung der Zölle, die noch nicht gelöst ist, besonders dringlich

¹⁾ Das entspräche gemäß den Ziffern des ersten Halbjahres 1949 einer Kontingentbefreiung von 30% der Gesamteinfuhr. Bei den Fertigwaren würde eine 50%ige Freigabe der Einfuhr aus OEEC-Staaten einer 37%igen Freigabe der gesamten Fertigwareneinfuhr entsprechen.

Einfuhr aus den Marshall-Plan-Ländern und Gesamteinfuhr im Jahre 1948 und 1. Halbjahr 1949

Waren, bzw. Warengruppen	1948		1. Halbjahr 1949	
	Aus den Marshall-Plan-Ländern	Insges. in Mill. S	Aus den Marshall-Plan-Ländern	Insges.
I. Lebende Tiere . . .	0'5	2'1	1'4	3'0
II. Nahrungsmittel u.				
Getränke	242'4	420'6	215'6	390'5
Davon:				
Südfrüchte	43'4	45'1	70'9	74'5
Gemüse	79'7	95'9	36'2	40'8
Speisefette und -öle	4'9	6'6	16'5	31'1
Wein	31'2	32'2	10'5	13'0
III. Rohstoffe u. halbfertige Waren . .	462'0	1.110'0	489'1	918'3
Davon:				
Mineral, Brennstoffe	174'0	489'2	239'6	428'1
Wolle,-abfälle,-watte	75'3	95'9	64'5	95'1
Künstl. Düngemittel	3'8	4'0	19'5	19'7
Erze	48'0	60'1	19'5	28'9
Roheisen, Alteisen . .	11'2	30'5	18'4	31'1
Sämereien	22'9	25'9	15'4	18'8
IV. Fertige Waren . . .	463'5	676'0	502'0	676'6
Davon:				
Eisenwaren	45'3	74'9	68'7	91'1
Seidengespinnste . . .	26'6	33'3	59'8	62'7
Maschinen u. Apparate (nicht elektr.)	48'9	83'6	50'8	75'6
Seidenwaren	9'1	11'4	37'9	56'4
Chemikalien	67'5	87'5	37'6	50'3
Elektr. Maschinen u. Apparate	42'3	50'0	34'0	41'3
Kraftfahrzeuge und Motoren für solche	32'8	42'5	27'7	35'9
Metallwaren	16'0	21'9	21'9	25'7
Gesamteinfuhr	1.168'4	2.208'8	1.208'0	1.988'5

macht. Es ist daher fraglich, ob ohne eine zumindest provisorische Lösung des Zollproblemes die Aufhebung des Quotensystems überhaupt durchgeführt werden kann. Ohne Kenntnis der Form dieser Zollvalorisation und der Entwicklung des Devisenregimes können die Auswirkungen der Kontingentaufhebung schwerlich abgeschätzt werden (s. dazu auch S. 447). Eine allzu starke Steigerung der Zölle, die allen protektionistischen Wünschen entgegenkommt²⁾,

²⁾ Die Festlegung der Zolleinnahmen im Budget 1950 mit 140 Mill. S, verglichen mit einem Voranschlag von 100 Mill. S im Budget 1949 läßt nicht auf eine beabsichtigte radikale Änderung der Zollpolitik schließen und stimmt fast genau mit dem tatsächlichen Gebarungserfolg der ersten drei Vierteljahre 1949 überein, der, auf das ganze Jahr berechnet, 138'3-Mill.-S-betrag. Die obige Ziffer von 140 Mill. S dürfte allerdings nur eine vorsichtige Minimal-schätzung sein, die mangels einer vorliegenden Zollreform eingesetzt wurde. Auch darf nicht vergessen werden, daß niedrige Zolleinnahmen das Resultat sowohl niedriger wie auch außerordentlich hoher Zollsätze sein können, die durch ihre protektionistische Wirkung den Umsatz der zollpflichtigen Waren stark reduzieren.

würde nicht nur dem Geist einer freieren Außenhandelsgestaltung widersprechen, sondern führt auch zu inländischen Störungen der Wirksamkeit des Konkurrenzprinzips, welche die Lage des Konsumenten dauernd verschlechtern. Niedrige Zölle hingegen bewirken — besonders mit wachsender Verbesserung der Devisenversorgung — einen starken Zustrom ausländischer Waren und damit schärfere Konkurrenzierung wichtiger heimischer Industrien. Auf jeden Fall muß damit gerechnet werden, daß nach Abgehen vom Kontingentsystem Waren eingeführt werden, die unter dem bisherigen Regime als weniger dringlich angesehen wurden.

Den Problemen, die sich für Österreich aus dem Abbau der Einfuhrkontingente ergeben, müssen die Exportvorteile gegenübergestellt werden, die sich — besonders auf lange Sicht — aus dem Kontingentabbau der anderen Marshall-Plan-Länder ergeben. Sie werden nur dann voll ausgenützt werden können, wenn es gelingt, die Exportindustrie in jeder Beziehung konkurrenzfähig zu machen. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß der Kontingentabbau den Export teilweise auch erschwert, wenn er Märkte der allgemeinen Konkurrenz öffnet, auf denen Österreich bisher auf Grund bilateraler Kontingentabmachungen einen zwar beschränkten, aber dafür vor Konkurrenz gesicherten Absatzmarkt hatte.

Die Ursachen des Rückschlages des österreichischen Außenhandels seit Mai 1949

Der seit Mai anhaltende Rückgang der Ausfuhr in fast allen Sparten hat mit Recht, da die Notwendigkeit einer bedeutenden Steigerung der Ausfuhr nach wie vor an der Spitze der Wirtschaftsprobleme Österreichs steht, Besorgnis ausgelöst.

Ausfuhrentwicklung Mai—August 1948 und 1949

Ausfuhrwert Mai jedes Jahres = 100

	1948				1949			
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Leb. Tiere und Nahrungsmittel	150·0	71·4	164·3	307·1	73·7	78·9	68·4	94·7
Rohstoffe und halbfert. Waren	89·0	111·4	88·6	131·2	106·8	71·8	64·9	76·9
Fertigwaren	102·7	104·2	100·8	100·0	94·0	99·3	83·7	94·7
Insgesamt	98·6	106·3	97·4	112·0	99·2	87·7	75·8	87·3

Eine der Hauptursachen für die sehr prekäre Entwicklung liegt darin, daß der Außenhandel noch immer nicht in festen Kanälen zwischen langjährig miteinander verbundenen Lieferanten und Kunden fließt, sondern noch weitgehend auf Zufalls- und Kompensationsgeschäften aufgebaut ist, die nicht selten auf einmaligen Kombinationen beruhen und immer wieder aufs neue aufgespürt und „organisiert“ werden müssen. Dazu kommt die Geringfügigkeit der regionalen Streuung des Außenhandels und die Ballung der Geschäfte — besonders in der Rohstoffausfuhr — in der Hand weniger Großfirmen. Es ist klar, daß sich schon allein aus dieser Organisationsform plötzliche und unvorhersehbare Schwankungen ergeben müssen. Verschiedene weitere Um-

stände, wie die Kurzfristigkeit der (meist auf ein Jahr abgeschlossenen) Handelsverträge und die schnelle Erschöpfung freigegebener Kontingente bestimmter Waren, erhöhen die Labilität des ganzen Systems.

Eine solche, aus der Organisationsform sich ergebende Schwäche ist es, die mindestens zum Teil den starken Rückschlag der Ausfuhr erklärt. Die Monate Mai, Juni, teils auch Juli waren beeinflusst durch eine einmalige Roheisenlieferung an Japan und die aus Termingründen zusammengedrückte Abwicklung der Kompensationsgeschäfte — vorwiegend in Holz — aus dem alten Italienvertrag. Nach Abwicklung dieser vorübergehenden Zufallsgeschäfte und als die Geschäfte im Rahmen des neuen Italienvertrages technische Schwierigkeiten bereiteten, sank die Ausfuhr im Juli auf 88% und im August sogar auf 76% des Maiwertes. Schaltet man jedoch diese Sondereinflüsse aus und betrachtet man die Ausfuhr ohne Japan und Italien, so zeigt sich nur ein Rückgang auf 92% und 81%. Schaltet man obendrein noch die Saisonschwankungen aus, so ergibt sich zwar im Juni ein stärkerer Rückgang, nicht aber im Juli und August, die dann einen Stand von 98% und 93% des Maiwertes aufweisen.

	Mai	Juni	Juli	August
	Mai = 100			
Gesamtausfuhr	100	99·2	87·7	75·8
Ausfuhr ohne Japan u. Italien .	100	83·9	92·4	81·4
—, saisonbereinigt .	100	86·2	98·1	92·7